

MO #18



MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

ULRICH EICHELMANN

Wie er den Ilisu-Staudamm
zum Einsturz brachte

FALSCHER HOFFNUNGEN:
Was wurde aus
der Multitude?

DIVERSITY:
Mark Terkessidis
im Gespräch

GAST-KOMMENTAR:
Andrea Schurian
über Österreichs
„old-boys-network“

ERKLÄRUNG
Das Netzwerk
Machowetz

Magazin für Menschenrechte 3/2010, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.monmagazin.at



HANDELN IN ZEITEN DER POSTDEMOKRATIE

BITTE STÖREN!



WIEN MACHT GESUND.

Erfahren Sie alles über Wiens
Angebot an gesunder Ernährung:
www.gesundheit.wien.at

Frisches Obst und Gemüse schmecken und sind
Futter fürs Gehirn. Auf den Wiener Märkten gibt's
Äpfel, Tomaten und Co nah und günstig! Machen Sie
mit mir den ersten Schritt!

Eine Initiative der
Gesundheitsstadträtin Mag^a Sonja Wehsely.

Wien.
Für Dich.

Stadt  Wien



Dagegen antreten... Ulrich Eichelmann zeigte mit seiner Kampagne gegen das türkische Mega-Staudammprojekt Ilisu, was die Zivilgesellschaft bewegen kann.
Coverfoto: Karin Wasner

Liebe Leserin Lieber Leser

Kürzlich war in einem deutschen Feuilleton zu lesen, dass heute ein Tabubruch nur noch auf zwei Arten denkbar ist: Entweder kündige man die öffentliche Hinrichtung seines Dackels an oder man stelle die Demokratie in Frage. Der Aufschrei dürfte bei ersterem Beispiel lauter sein, denn: Folgt man den Publikationen namhafter Philosophen wie Badiou oder Ranciere, haben Europas nationalstaatliche Demokratien bereits selbst begonnen, primäre Merkmale wie Partizipation, Gewaltentrennung oder Pluralismus auszuhöhlen. Der britische Politologe Colin Crouch prägte mit seinem Buch „Postdemokratie“ einen Begriff, der sogar vom Ende des Bürgers, der Bürgerin als Souverän kündigt. Interessen werden demnach nicht mehr unbedingt in demokratischen Verfahren ausverhandelt, sondern von der Politik instrumentell und objektiviert im Dienste des Volkes und noch mehr einer globalisierten Wirtschaft entschieden. Von der Frage, an wen sich politischer Protest eigentlich richtet, wenn einem die Adressaten in einem bröckelnden Nationalstaat abhanden kommen, aber auch von neuen Handlungsräumen in der Postdemokratie soll im Dossier dieser Ausgabe die Rede sein. Was selbst in aussichtsloser Situation noch möglich ist, zeigte etwa Ulrich Eichelmann. Der Umwelt-Aktivist brachte in einer unglaublichen NGO-Kampagne das fest einzementierte türkische Mega-Staudammprojekt Ilisu noch zum Bröckeln. In sich zusammengefallen sind auch die Hoffnungen, die die linken Starautoren Negri/Hardt mit ihrem „neuen Manifest“ „Empire“ geweckt haben. Ein Beitrag untersucht, warum die Gesellschaft - gedacht als Vielheit von Singularitäten - sich nicht als demokratisierende Kraft bestätigt hat.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Magdalena Blaszcuk (Bilder), Petja Di-
mitrova (Illustrationen), Philipp Sondereg-
ger (phs), Paul Sturm (Bilder), Karin Wasner
(Bilder), Andreas Görg

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Andreas Bachmann, Andreas Görg, Manfred
Gram, Mark Hammer, Stefan Kluger, Edith
Meinhart, Kati Morawek, Karl Reitter, Martin
Schenk, Andrea Schurian, Sabine Zhang

PROJEKTLEITUNG:

Andreas Görg

COVERBILD:

Karin Wasner

LEKTORAT:

Thomas Just

PRODUKTION:

Andreas Ungerböck, Mitko Javritchev,
factory 29 ltd., Mariahilferstr. 76/3/31, 1070
Wien, T +43 1 920 20 08-0,
mail@faq-magazine.com

GRAFIK:

factory29

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Irene Holloway,
irene.holloway@sosmitmensch.at

T +43 1 524 99 00 - 17,

ABOS:

Sabine Zhang,
abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00 - 66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE:

30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
office@sosmitmensch.at,
http://www.sosmitmensch.at,
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeber: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Philipp Sonderegger,
Sabine Zhang; Obfrau: Nadja Lorenz

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminie-
rung, für Menschenrechte, Demokratie
und Migration.

ZVR: 22747570

SPENDEN:

PSK 60000
Kto 91.000.590

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung
der Quelle und Übersendung von Beleg-
exemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die
Rechte der Fotografien liegen bei den Urhe-
berInnen. Falls kein/e UrheberIn ausgewie-
sen ist: SOS Mitmensch.



Bild: Karin Wasner

10 NACH DER DEMOKRATIE

Nationalstaaten bröckeln, Politik verwaltet und die PR gibt die Themen vor. An wen richtet die Zivilgesellschaft ihren Protest heute?



Bild: Kramar

30 KULTURELLE BARRIEREFREIHEIT

Der Migrationsforscher Mark Terkessidis hält Multikulturalismus für überholt und plädiert für eine interkulturelle Öffnung der Institutionen.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Fremdenrecht grotesk begründet.

9 HANDLUNGSBEDARF

Warum das Innenministerium sich einen Rechenschieber zulegen sollte.

Dossier

10 EXPERTSE - DIE NEUE POLITIK

Die Politik verwaltet, was transnationale Konzernetagen, Rechts- und SachexpertInnen beschließen. Für Partizipation der BürgerInnen ist in der Postdemokratie wenig Platz.

Text: Andreas Görg

15 NETZWERK-PROTEST

Die Protestwelle an der Universität Wien zeigte ein neues Verständnis politischer Organisation.

Text: Philipp Sonderegger

16 WHAT IS DEMOCRACY?

Der Künstler und Filmemacher Oliver Ressler stellte in 15 Städten der Welt die Frage, was Demokratie ist.

Interview: Andreas Görg

18 DER SIEG DER SCHWACHEN

Der Ilisu-Staudamm hätte die Türkei mit neuer Energie versorgt und Kulturlandschaften zerstört. Ulrich Eichelmann brachte das Projekt zum scheitern.

Text: Edith Meinhart

23 MULTITUDE A.D.

Soziale Bewegungen und die kreative Vielheit der Weltgesellschaft galten vor einigen Jahren als neue Kraft der Weltveränderung schlechthin. Was blieb von der Idee der Multitude?

Text: Karl Reitter

26 POSTER

Die Leistungsträger!





Bild: Karin Wasner

19 DER MUTMACHER

NGOs hatten bereits kapituliert, das Mega-Staudamm-System Ilisu in der Osttürkei war so gut wie gebaut. Dann brachte Ulrich Eichelmann, ein Naturschützer aus Wien, die monströse Mauer ins Wanken.

Welt

29 WELT-NEWS

Sind Abschiebungen nach Griechenland unzulässig?

30 DIVERSITY STATT MULTIKULTI

Der Staat muss lernen, die Potenziale der Menschen besser zu erkennen. Wie das geht, erklärt der deutsche Migrationsforscher Mark Terkessidis.

Interview: Pascal Jurt

34 MINISTERIUM DER PAPIERLOSEN

In Frankreich besetzten 3.000 Flüchtlinge ein Gewerkschaftsgebäude. Sie fordern ein Aufenthaltsrecht. Begründung: Sie sind am Arbeitsmarkt längst integriert.

Text: Lisa Bolyos, Katharina Morawe

Rubriken

37 NGO-NEWS

Bewegungsstiftung soll Wandel fördern

38 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock über Schutzgeldzahlungen, Unordnung und Bösartigkeiten.

Text: Andreas Bachmann

39 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.
2x5 Dinge von Andreas Görg

41 POPULÄR GESEHEN

Die Welt und das Lokale.
Kolumne von Martin Schenk

43 SPOTLIGHT

Anny Knapp von der Asylkoordination über den Kampf gegen Windmühlen.

Text: Mark Hammer

45 SOS MITMENSCH

Was wurde aus dem Netzwerk „Rechte- Chancen - Vielfalt“?

46 ANDERE ÜBER...

„Der Standard“-Kulturchefin Andrea Schurian über eine Männer-Gesellschaft.

ERKLÄRUNG

Wir haben in unserer Ausgabe Nr. 14/2009 die Behauptungen verbreitet, Christian Machowetz

- würde Schwarzarbeiter beschäftigen, die ohne jegliche Absicherung Bauarbeiten ausführen;
- gegen ihn würde ein Finanzstrafverfahren wegen Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung laufen;
- hätte auf seinem Auto das Nummernschild „W-Ehrm8“ getragen;
- wäre der Initiator von „Scheinfirmen“, die ihren Gläubigern Geld schuldig bleiben würden.

Nach Durchführung eines Gerichtsverfahrens haben wir uns davon überzeugt, dass diese Vorwürfe nicht den Tatsachen entsprechen „MO“



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Bild: Magdalena B.

Minarettverbot

Interview mit Jörg Stolz

Sehr geehrte Redaktion! Wie sehr der freiwillige Verzicht auf Freiheit zugunsten eines vermeintlichen Zuwachses an Sicherheit voranschreitet, zeigt sich an den Aussagen des Soziologen Jörg Stolz. Zurecht weist er auf jene Kantone in der Innerschweiz hin, in denen der Ausländeranteil verschwindend gering ist, wo aber die höchste Zustimmung zum Verbot von Minaretten erzielt wurde. Ob das nun dem Traditionalismus einer veränderungsfeindlichen Gruppe entspricht, kann ich nicht beurteilen. Die Politik hat jedenfalls schon lange den Mut verloren, auch emanzipatorisch zu wirken und nicht nur den permanent befürchteten Wählerverlust zu verwalten. So kommt es, dass jene ohne

viel Moral und Disziplin, jene, die sich in ihrer eigenen Welt am nächsten sind, am lautesten schreien nunmehr auch am meisten Gehör erhalten. Dass in so einer Politik die vorgeblich Ohnmächtigen zu den wahren Mächtigen werden, weil sie den Kurs bestimmen, hat mit Demokratie als Repräsentation aller Stimmen nicht mehr viel zu tun.

Mit freundlichen Grüßen,

Hans Winder

Wohnen in Wien

Guten Morgen!

Mir geht jemand ab: Der Politiker, der alle über den „Ausländerzug“ entrüstete Gemeindebauwohner daran erinnert, dass der Gemeindebau nicht ihr Eigentum ist. Das sind Wohnungen, die für sozial schwache Menschen gedacht sind. Des-

halb meine ich: Empörend ist, dass Wohnungen von mittlerweile wohlhabenden Menschen bewohnt werden, dass sie vererbt werden oder leer „geparkt“ sind. Dass soziale Bedürftigkeit nie mehr überprüft wird. Die SPÖ soll dieses Erbrecht abschaffen!

Sabrina Ludwig, Wien

Kopftuch

Die neuen KulturkämpferInnen

Betrifft den Kommentar von Andreas Görg in MO 17: In einem sind sich alle Kirchen einig: Frauen sind nicht nur das „andere Geschlecht“, sondern v. a. das zweitrangige. Sie treffen sich da auch heute noch mit den meisten (nicht nur) konservativen Parteien und deren WählerInnen. Eh klar: In einer Pyramidengesellschaft, wo seit über 5000 Jahren eine kleine Minderheit über eine

große Mehrheit herrscht, kann diese Machtposition nur durch aufspalten und dann aufhetzen der aufgespaltenen Mehrheit gegeneinander aufrechterhalten werden. Dass Strache&Co das Thema Frauen und Kopftuch für ihre Zwecke benützen, verwundert wenig. Populisten von diesem Schlag würden am liebsten auch den Schleier über die „Weiber“ werfen – das bedeutete für sie „ein Problem weniger“. Gebärmachine und Mutterkreuz... Muslimische Fundamentalisten stehen da um nichts nach. Ich habe nichts mit Kirchen was zu tun (Gott bewahre), aber ein A. Görg macht mir die verschleierte und/oder Kopftuchtragende Frau auch nicht schmackhafter: Das Kopftuch ist und bleibt für mich ein Symbol der Verachtung und Unterdrückung der Frau, der Frauenfeindlichkeit, der Menschenrechtsverletzung. Punkt.

Von Yutica.Canal, per Email

MO

Verkauf von MO

Liebe MO-Redaktion, wo bekomme ich eure Zeitung? Ich habe bisher zwei Ausgaben von „Bunte Zeitung“-KolporteurInnen gekauft, seither aber keinem Verkäufer mehr gesichtet. Ich finde Euer Projekt gut und würde gerne öfter was lesen.

Liebe Grüße,

Edith Hübel, Wien

Liebe Edith Hübel!

MO wird von eigenen MO-KolporteurInnen in Wien verkauft, und auch manche Augustin-VerkäuferInnen bieten es an. Wir bemühen uns, den Straßenverkauf auf andere Städte in Österreich auszudehnen. Ein Teil der Auflage liegt zudem abwechselnd den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Der Standard“ bei.

Die Redaktion



**Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren**

TAXI 40100

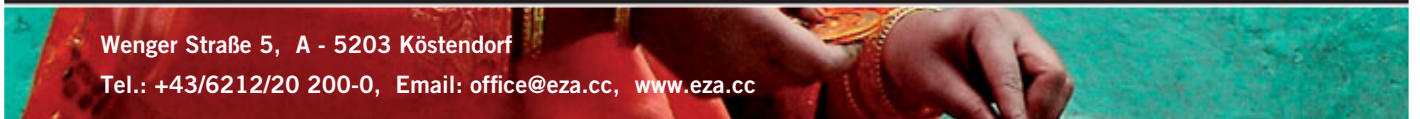


DIE WELT DES FAIREN HANDELS



NATÜRLICH FAIR

Wenger Straße 5, A - 5203 Köstendorf
Tel.: +43/6212/20 200-0, Email: office@eza.cc, www.eza.cc



FEKTER-PROPAGANDA

Wer taucht unter?

Für die Verschärfung des Fremdenrechts müssen teils absurde Begründungen herhalten. Auch Qualitätsblätter lassen sich vor den Kampagnen-Karren spannen.



Das Innenministerium zählt alle Flüchtlinge, die in Traiskirchen auf die Straße gestellt werden, als untergetaucht. Fotos: Kramer/fischka.com; BM.I/Alexander Tuma

Nachdem Innenministerin Maria Fekter mit ihrem Plan, in Eberau ein Erstaufnahmehaus zu errichten, gescheitert war, ging die forsche Juristin in die Offensive: Wenn die Bevölkerung Angst vor den Asylsuchenden habe, dann werde man diese eben einsperren. Als sie zwei Tage später die ungünstige Optik dieser Ansage erkannte, ließ sie aber nicht etwa von ihrer Forderung ab, sondern änderte einfach die Begründung. Die geplante Maßnahme sei vielmehr notwendig, weil ein Großteil der Asylsuchenden im Laufe des Verfahrens untertauche. Exakte Zahlen blieb Fekter schuldig. Kein Wunder: Eine Erfassung dieser Information findet schlicht nicht statt. Stattdessen jonglierte die Ministerin mit abenteuerlichen Angaben, die alles

Mögliche aussagen, bloß nichts darüber, wie viele Asylsuchende zum U-Boot werden. So behauptete die Ministerin bei einer Pressekonferenz, 25 Prozent der Dublinfälle würden untertauchen – wohl wissend, dass es sich dabei um jene Asylsuchenden handelt, die nicht in Schubhaft genommen, sondern von den Behörden in Traiskirchen und Talham mit einem Ausweisungsbescheid auf die Straße gestellt werden. Freilich ohne die Aufforderung, sich beim Verlassen des Landes an der Grenze abzumelden oder sich je wieder bei einer anderen Behörde zu melden. Wohin es die Flüchtlinge treibt, nachdem sie von der Republik „ins kalte Wasser geworfen“ wurden, ist unbekannt.

Die Täuschung der Öffentlichkeit gelang je-

denfalls auch, weil sich kein Medium dafür interessiert, wie die Zahlen zustande kommen. Im Gegenteil: Auch Qualitätsblätter ließen sich von der Kampagne überzeugen und bauschten die Geschichte auf. Die bekannt ÖVP-kritische „Presse“ titelte, jede/r vierte Asylsuchende tauche unter. Tatsache ist, dass die Dublin-Fälle nur einen Bruchteil aller Asylwerber ausmachen. Einige Wochen später berichtete die „zweitbeste Redaktion des Jahres 2010“ (Branchenblatt Extradienst) gar, dass 48 Prozent der Asylsuchenden untertauchen. Bereits zuvor hatte das Innenministerium imageschädigende Behauptungen aufgestellt, wonach 40 Prozent der Asylsuchenden kriminell würden. Diese Zahl ist schlichtweg falsch. Absicht?

IDEOLOGIE-FALLE

Was heißt integriert?

Das Innenministerium will künftig Integration messen. Die Indikatoren geben aber vor allem Auskunft über den Auftraggeber.

Wie misst man den Integrationsgrad der MigrantInnen in Österreich? Das Innenministerium hat den Bevölkerungswissenschaftler Heinz Fassmann beauftragt, aus dem vom Staat alljährlich erhobenen Datenwust eine Gruppe von Schlüsselinformationen herauszuschälen, mit denen der Integrationsgrad der ZuwandererInnen repräsentativ gemessen werden kann. Bildungsgrad, Einkommen und Wohnfläche pro Kopf sollen Auskunft darüber geben,

wie gut Menschen in Österreich Fuß gefasst haben. In einem 60 Seiten starken Papier bespricht Fassmann anhand deutscher Beispiele das Für und Wider einzelner Messgrößen. Dabei wird deutlich, dass die Wahl der Indikatoren vor allem eines preisgibt: das Integrationskonzept des Auftraggebers. Die Teilnahme an Krankheitsfrüherkennungs-Programmen habe eher etwas mit „Gesundheitsbewusstsein zu tun und weniger mit gesellschaftlicher Einglie-

derung“. Auch die Häufung von Arbeitsunfällen weist für den Studienautor weniger auf „die Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Prozess“ hin, sondern sei „Ausdruck einer zwangsläufig ungleichen Arbeitswelt“. Irgendwer muss den Scheißjob ja machen. Gute Ausbildung und ein hohes Einkommen von MigrantInnen sind nach Ansicht Fassmanns hingegen geeignete Indikatoren für gute Integration. Ein reicher Ausländer ist ein guter Ausländer. *phs*

RECHTE RECKEN

Staatstragende FPÖ-Jugend

Hat die FPÖ-Jugend inkognito zu einer Stör-Demo gegen den Flüchtlingsball aufgerufen?

„Bitte keine RFJ- und FPÖ-Fahnen“. So wurde auf der Internetplattform Facebook zu einer Stör-Demo gegen den Wiener Flüchtlingsball 2010 aufgerufen. Warum der Bezug zur Freiheitlichen Partei verschleiert werden soll, war nicht ersichtlich, führte doch die Spur direkt zur FPÖ-Jugend: Gründer der Facebook-Gruppe ist ein RFJ-Funktionär aus Niederösterreich. Politische BeobachterInnen gehen aber davon aus, dass die FPÖ ihren Parteiboss Heinz-Christian Strache im Vorfeld der Wiener Wahl staatstragend positionieren will. Ein Insider aus dem Landesamt für



Störaktion gegen Wiener Flüchtlingsball. Wer steckt dahinter?

Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung bestätigt das: „Parteiobmann Strache hat die bundesweite Parole ausgegeben, keine Fahnen bei heiklen Aktionen.“ SOS Mitmensch hat zudem bei der Bundespolizeidirektion Wien angefragt, ob eine Ge-

gen-Kundgebung zum Flüchtlingsball angemeldet wurde. Die Behörden verneinten. Zwei Tage später war die Facebook-Seite mit dem Demoaufwurf gelöscht. Da hatte sich die „rebellische“ Parteijugend offensichtlich der Parteiräson untergeordnet. *phs*

Politisches Engagement in der Postdemokratie

EXPERTISE ALS STRATEGIE



Nationalstaaten bröckeln, die Politik verwaltet und PR ist wichtiger denn je. An wen richtet die Zivilgesellschaft ihren Protest eigentlich noch? Willkommen in der Postdemokratie.

Text: Andreas Görg

Foto: Gregor van Boden



Demokratie und Nationalstaat sind in der Krise. Geschwächte Parlamente winken durch, was ihnen vergleichsweise mächtige Ministerien, die EU und transnationale Gremien vorlegen. Während PR-AgentInnen so laut wie nie zuvor die politische Beteiligung der BürgerInnen trommeln, verkommen die demokratischen Prozesse zu formal reglementierten Verwaltungsakten, deren Ergebnisse lange vor Abhaltung der öffentlichen Scheindiskussionen feststehen. Der deutsche Politologe Claus Leggewie kommentierte im vergangenen September in „Die Presse“ etwas mutlos, dass der nationale Staat als „Grundlage wohlfahrtsstaatlicher Solidarität wie demokratischer Mitwirkung“ in die „selbst gestellte Globalisierungsfalle“ getappt sei. Er könne gar nicht mehr „all jene öffentlichen Güter bereitstellen, an die sich die reichen Nationen in Jahrzehnten scheinbar unendlichen Wachstums gewöhnt haben“. Ausgerechnet im Augenblick ihres weltumspannenden Erfolges hat die Demokratie mit ihrer eigenen Alternativlosigkeit zu kämpfen. Kein Wunder, dass Vordenker wie der britische Publizist Colin Crouch oder der streitbare französische Philosoph Jacques Rancière („Das Unvernehmen“) zu pessimistischen Befunden kommen. Sie gehen in ihren demokratiepolitischen Analysen vom Trend in Richtung einer „Postdemokratie“ aus und fordern - wenn auch ganz unterschiedlich - eine radikale politische Erneuerung.

Willkommen in der Postdemokratie

Da die reale Demokratie immer weniger ihren Idealen entspricht, ist der Zeitpunkt gekommen, über neue Perspektiven nachzu-



Anti-G8-Marsch in Japan. Bild: Creative Commons Attribution/Muji Tra from Sapporo City, Hokkaido, JAPAN

denken. Dass diese nicht von politischen EntscheidungsträgerInnen zu erwarten sind, macht Claus Leggewie deutlich. Er hofft auf die NGOs, wenn er schreibt: „Der nationale Staat hat viele Kompetenzen an supra- und transnationale Agenturen abgegeben, die höchstens noch von Nicht-Regierungs-Organisationen kontrolliert werden.“ Tatsächlich aber war, so bitter es auch klingt, die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen in den vergangenen Jahren nicht von besonderem Erfolg gekrönt. Sicherlich, es gab immer wieder ermutigende Einzelerfolge zu verzeichnen. Aber wie sehr konnte der steigenden Armut, anhaltender Umweltzerstörung oder der Diskriminierung von Frauen, MigrantInnen und homosexuellen Menschen tatsächlich entgegengewirkt werden? Und wo konnten politische Repräsentationen „geöffnet“, partizipativer gestaltet werden?

Die institutionelle Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Judikative und Legislative war in Österreich nie besonders gut ausbalanciert. Stark war immer nur die Exekutive, das Parlament ihr verlängerter Arm. Was dem Ver-

fassungs- und dem Verwaltungsgerichtshof bleibt: Sie können rechtswidrige Akte aufheben, aber selbst reparieren dürfen sie diese Akte nicht. Im kärntner Ortstafelstreit und in vielen Asyl- und Fremdenrechtsfällen konnte daher die Exekutive dem einen wie dem anderen Gerichtshof durch faktische Verweige-

DIE INSTITUTIONELLE GEWALTENTEILUNG WAR IN ÖSTERREICH NIE BESONDERS AUSGEPRÄGT. STARK WAR IMMER NUR DIE EXEKUTIVE.

zung der Umsetzung ihrer Erkenntnisse auf der Nase herumtanzen. In den vergangenen Jahren macht sich ein Trend zur weiteren Schwächung der institutionellen Gewaltenteilung bemerkbar: So wurde eine Behörde des Innenministeriums (UBAS) einfach in einen Asylgerichtshof verwandelt und der Kontrolle durch den Verwaltungsgerichtshof entzogen. Und der Verfassungsgerichts-

hof will die Asylfälle auch loswerden. Hallo Rechtsstaat? Auch die neue Strafprozessordnung 2008 hat den unabhängigen RichterInnen zahlreiche Kompetenzen entzogen. Über diese verfügt nun die dem Justizministerium unterstehende Staatsanwaltschaft. Und das Parlament? Seit dem EU-Beitritt 1995 ist es auch der verlängerte Arm der EU-Normsetzung, die großteils in den Händen der EU-Exekutive, also der EU-Kommission und des Rates, liegt. Hinzu kommt, dass die Welt ist in den vergangenen Jahren durch die Globalisierung und ihre Krisen immer mehr zusammen gewachsen ist. Dieser Prozess verlangt überregionale, kontinentale oder globale Regelung. Egal ob EU, Notenbanken, die WTO, die NATO, die G8 und zunehmend auch transnationale Konzerne: Sie alle erzeugen Vorentscheidungen, die für Österreich wirksam werden. Auch dort, wo diese Vorentscheidungen formell zunächst unverbindlich sind, haben die nationalen Parlamente praktisch kaum Chancen, sie abzuändern. Mittels Geschwindigkeit, Komplexität, Wissensvorsprung und Intransparenz werden die



Vielfältige Protestaktionen von NGOs bei allen großen Polit-Gipfeln? Aber wer sind heute die Adressaten?
Bild: Wikimedia Commons/Public Domain/Macumba

Parlamente überrollt.

Rund um die supra- und transnationalen Gremien formiert sich eine neue globale Elite aus den Spitzen der Exekutive und der Konzerne sowie Sach- und RechtsexpertInnen. Diese elitären Zirkel sind weder demokratisch legitimiert noch formell verantwortlich. Sie arbeiten fleissig vor und die Parlamente segnen hechelnd ab. Nicht alles, was solchermaßen beschlossen wird, ist inhaltlich schlecht. Gerade in Österreich können wir oft froh sein über den Fortschritt von außen, der auf nationaler Ebene nie zustande gekommen wäre; Stichwort Antidiskriminierungsrecht. Aber die repräsentative Demokratie gerät damit zur Fassade. Wahlen degenerieren zu Instrumenten, mit denen Zustimmung zu den herrschenden Verhältnissen erzeugt werden soll. Sie verlieren an integrativer Kraft. Immer mehr Menschen sind von der Politik enttäuscht. Vielen geht der Überblick verloren. Colin Crouch konstatiert eine wachsende Unfähigkeit der modernen BürgerInnen, ihre Interessen herauszuarbeiten. Das Ideal der repräsentativen Demokratie

„ALLE MACHT GEHT VOM VOLK AUS“ GILT HEUTE WENIGER DENN JE. IN DER POSTDEMOKRATIE GEHT KAUM NOCH MACHT VOM VOLK AUS.

„Alle Macht geht vom Volk aus!“ gilt heute weniger denn je. In der Postdemokratie geht kaum noch Macht vom Volk aus. Die „KonsumentInnen“ haben, so Crouch, über die „BürgerInnen“ triumphiert. Der Einfluss der Wirtschaftslobbies wächst, die Politik liegt ihnen zu Füßen; und die „KonsumentInnen“ genießen Brot und Spiele.

Politik wird ausgelöscht

Ob die Grünen in Deutschland oder in Oberösterreich mitregieren, macht kaum noch einen Unterschied. Symbolisch war die schwarzblaue Regierungsbildung vor zehn Jahren noch ein Tabubruch. Mittlerweile ist es europaweit üblich, dass auch rechtsextreme Parteien in die Regierung eingebun-

den werden. Denn es ändert nichts Wesentliches. Findige WerbestrategInnen buhlen um eine zum Mainstream verschmolzene Mitte, alle Gegensätze sind verwischt. Politik als Widerstreit von Interessen, so Rancière, wurde damit ausgelöscht. PolitikerInnen sind nur mehr lokale ManagerInnen, von denen keine Gestaltung der Gesellschaft zu erwarten ist. Auch die demokratische Öffentlichkeit verändert sich in der Postdemokratie. Sie ist ein Ort von Scheingefechten, in denen Zahlen rhetorische Fronten festlegen: Einschaltquoten, User-Zugriffe und Umfragewerte messen die erregte Aufmerksamkeit eines faktisch passiven Publikums. Je weniger Unterschiede zwischen den Parteien, desto mehr Spektakel. Die neue Öffentlichkeit will Unterhaltung: noch mehr Populismus und scharfe Ressentiments. Viele Menschen wissen im Allgemeinen besser, was sie nicht wollen, als was sie wollen. Terrorismus, Schweinegrippe, Ausländer und Nazis sind die beliebtesten Schreckgespenster. Mit sozialen und wirtschaftlichen Sachfragen lässt sich hingegen nur wenig Aufmerksamkeit



Transnationale Institutionen übernehmen immer mehr Kompetenzen von den Nationalstaaten.
Bilder: NATO Photos, Wikimedia Commons/Creative Commons Attribution 2.0 Generic/Shiny Things

gewinnen. Armut, Umwelterstörung und Diskriminierung werden von der Politik nur oberflächlich adressiert. Die Lösung dieser Probleme würde schließlich gesellschaftliche Umverteilung erfordern. Gegen die Allianz der Wohlhabenden mit allen, die ihren bescheidenen Wohlstand nicht verlieren wollen und leicht gegen jegliche Veränderung zu mobilisieren sind, ist keine wahlberechtigte Mehrheit zu gewinnen. Die großen sozialen Fragen sind für die Politik unbequem.

NGOs in der Postdemokratie

Daher werden diese großen sozialen Fragen gerne den NGOs überlassen. Leggewies HoffnungsträgerInnen dürfen gegen das kollektive schlechte Gewissen anrennen und werden mit einem guten Gewissen belohnt. Sie erhalten jene Glaubwürdigkeit, die PolitikerInnen in der Postdemokratie verloren haben. Dieses symbolische Kapital versuchen die meisten NGOs irgendwie in Geld umzumünzen. Mit Spenden und Projektgeldern versuchen sie, das Versagen des Staates in sozialen Fragen etwas zu kompensieren. Nur ein kleiner Teil der NGOs und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Österreich übt öffentlich wahrnehmbare Kritik an der Politik. Auch sie sind den "Gesetzen des Marktes" unterworfen: Subventionen werden heute stärker als früher nach politischer Willfährigkeit vergeben. So strampeln die Initiativen finanziell dahin, während die adressierten SpitzenpolitikerInnen für gewöhnlich Kritik und Proteste aussitzen. Sie meiden die

Auseinandersetzung, nicht selten auch aus Mangel an fachlicher Kompetenz.

Colin Crouch fordert, die Entwicklung zur Postdemokratie nicht einfach zu akzeptieren. Allerdings bietet die traditionelle Kritik an VertreterInnen der nationalen Politik keine Erfolgsperspektive mehr. Es besteht im Gegenteil die Gefahr, sich an Scheindiskussionen und am Bau der Fassadendemokratie zu beteiligen. Von der nationalstaatlichen Politik ist tendenziell nichts mehr zu holen.

ALLIANZ DER WOHLHABENDEN: SIE WOLLEN IHREN WOHLSTAND NICHT VERLIEREN. DIE GROSSEN SOZIALEN FRAGEN SIND FÜR DIE POLITIK UNBEQUEM.

Eine neue Gewaltenteilung muss über den Nationalstaat hinaus gedacht werden. Die politisch aktiven NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen müssten v. a. Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Staat entwickeln. Erst auf der Basis relativ stabiler und frei verfügbarer Einnahmen wird eine Organisation überhaupt strategiefähig. Staatliche Projektgelder führen demgegenüber zumeist in die politische Harmlosigkeit, weil sie an staatlich abgesegnete Projektinhalte gebunden sind.

Die transnationale Kampagne zum Stop des Ilisu-Staudammprojekts zeigt hingegen, wie es möglich ist, die neuen Eliten zu bewegen.

Hier ist es gelungen, das postdemokratische Zusammenspiel der Kräfte und die Verflechtungen von Politik und Wirtschaft gegen eine lokale Bevölkerung transparent zu machen. Unternehmen, denen es nur insofern um Macht geht, als sich Profite maximieren lassen, erwiesen sich als angreifbarer als die Politik. Die Lektion daraus: Die strategische Ausrichtung von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen sollte auf transnational vernetzte Dominoeffekte abzielen. Expertise und Selbstinszenierung werden dabei auch für NGOs wichtiger. Moralische Argumente reichen nicht mehr aus. Transnationalen ExpertInnen kann effektiver mittels Fach-Gutachten begegnet werden. Die Expertise wird damit zum strategischen Schlüsselmoment.

Allerdings kann die punktuelle Kontrolle durch NGOs nur den größten Machtmissbrauch verhindern. Mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft kann nur durch soziale Bewegungen erwirkt werden. Diese brechen einstweilen vereinzelt an verschiedensten Punkten auf; hierzulande waren es zuletzt die Proteste der Studierenden. Das wichtigste strategische Ziel für alle, die große soziale Fragen angehen wollen, besteht in den nächsten Jahren darin, zur Entstehung von starken transnationalen Bewegungen beizutragen. Soviel ist sicher: Die Postdemokratie ist nicht das Ende der Geschichte.

NETZWERK- PROTEST

Während die Postdemokratie ihre bleierne Hülle über Österreich legt, erwies sich die Universität Wien als angewandtes Beispiel partizipativer Demokratie.

Text: Philipp Sonderegger

Foto: Martin Juen

Nach einiger Zeit schien man auf der Uni Wien ratlos. Nicht über unver-schämte Forderungen von Studierenden, sondern über die Art und Weise, wie diese sich im breit angelegten Protest organisiert hatten. Während die Besetzung des Audi Max sich zum „Audimaxismus“ aus-wuchs („Wort des Jahres 2009“), beklagte eine Sprecherin der Universität in Medienberichten, dass für Verhandlungen über die Freigabe des großen Hörsaals schlicht ein Gegenüber fehle. Tatsächlich hatten die StudentInnen eine hierzulande völlig neue Qualität des Protests etabliert.

Erwies sich die ÖH bei früheren Uni-Protesten als politisches Nadelöhr – einmal defensiver als die Basis, ein anderes Mal offensiver, aber jeweils leicht von der Politik unter Druck zu setzen –, hatten sich diesmal mehrere Gruppen auf Studienrichtungsebene zur Besetzung des Audimax entschlossen.

Die Verweigerung fixer RepräsentantInnen war dabei keine taktische Finesse, wie man vermuten könnte. Sie hatte System. Ein System, das keine Geheimwissenschaft darstellte: Der Protest wurde nicht hierarchisch organisiert, sondern netzwerkartig: flach, dezentral und mit vielen Knotenpunkten. PressesprecherInnen wurden täglich neu gewählt, um zu verhindern, dass Einzelne zu wichtig werden. Eine dieser PressesprecherInnen meinte auf Chilli.cc: „Ich spreche nicht für alle. Wir sind basisdemokratisch organisiert, das ging nicht anders. Die Leute würden sonst abhauen, wenn sich eine einzelne Grup-



Audimaxismus: Studierende organisieren sich in flexibler Netzwerkstruktur.

pirierung in den Vordergrund drängt.“ Auch die sechsköpfige Gruppe, zuständig für Organisationsfragen, wurde jeden Tag neu gewählt. Angeblich wurden in 44 Arbeitsgruppen Entscheidungen vorbereitet, die dann im Plenum abgesehnet werden mussten – um zu verhindern, dass sich informelle Strukturen durchsetzen. Was in wenigen Tagen mit dem Prinzip Netzwerk an Organisationsgrad erreicht wurde, war in der Tat erstaunlich.

Diese Organisationsform hat mehrere Vorteile: Einerseits konnte so die Struktur des Protestes gestärkt werden, weil Wohl und Wehe des Aufbegehrens nicht von einigen Wenigen abhängen. Andererseits ermöglichte die Netzwerkarchitektur eine äußerst effiziente Ressourcen-Allokation. Aber auch die Kommunikation selbst lief in hohem Maße demokratisch ab: Sie verlief transparent und dezentral, womit es weniger zentralen NetzteilnehmerInnen leichter fiel, sich einzubringen, als das bei klassisch hierarchischen Organisationsformen je möglich wäre. Wer etwas brauchte oder etwas beitragen wollte, musste nicht erst eine Zentrale um Erlaubnis fragen, sondern speiste die Info einfach ins Netzwerk ein. So funktioniert die Schwarmintelligenz. Die einen organisierten eine „Volxküche“, andere stellten Websites ins Netz und wieder andere verbreiteten Flyer. Eine zentrale Or-

ganisation stieße hier bald an ihre Koordinationsgrenzen. Das Netzwerk hingegen kann schier unendlich wachsen.

Das ist alles sehr aufwendig und mühsam. Es gibt keine Letztverantwortlichen und keine sakrosankten Regeln. Selbst über die banalsten Dinge muss immer wieder gesprochen werden. Hinzu kommt, dass sich die Bewegung grob aus drei Milieus speiste, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Großteils war sie von „gewöhnlichen“ Studierenden getragen, die einfach die Nase voll hatten und bereit waren, sich für bessere Studienbedingungen einzusetzen. Sie verfügten aber über wenig Erfahrung in politischen Bewegungen. Relativ schnell haben sich organisierte linke Gruppen eingefunden, denen an der Ausweitung des Studi-Protests auf die „soziale Frage“ gelegen ist. Des Nächstens fanden sich zudem auch eher unpolitische Partymenschen ein. Dass die Proteste so lange durchgehalten wurden, wie wohlwollend die Medien berichtet haben, und wie gut die Kritik an Effizienzdenken im Bildungsbereich platziert wurde, zeigt, wie nachhaltig dieses Netzwerk agiert hat. Widersprüche konnten überbrückt und heterogene Teile integriert werden. Gelänge es, hunderte Knotenpunkte in der Bevölkerung zu aktivieren, die von einem Anliegen angesteckt werden, dann scheint alles möglich!

BIS ZUM BRUCH MIT DEN INSTITUTIONEN

Der Künstler und Filmmacher Oliver Ressler hat AktivistInnen in 15 Städten über den Globus verteilt die Frage gestellt: „Was ist Demokratie?“ Entstanden ist ein Film, der im weltweiten Ausstellungsbetrieb für Aufsehen sorgte.

Interview: Andreas Görg

Die Frage „Was ist Demokratie?“ beinhaltet eigentlich zwei Fragen: erstens die Frage nach der dominierenden parlamentarisch repräsentativen Demokratie und zweitens die, wie ein demokratischeres System aussehen könnte. Wie bist du auf die Idee dieser Doppeldeutigkeit gekommen?

Der Begriff „Demokratie“ verweist auf das bestehende Gesellschaftssystem, ist aber auch ein wichtiger Terminus in emanzipatorischen Kämpfen weltweit. Es gibt diesen eklatanten Widerspruch zwischen den westlichen Nationalstaaten, die behaupten, „Demokratie“ umgesetzt zu haben. Zugleich finden sich weltweite Forderungen und Sehnsüchte nach einer radikalen Demokratisierung von unten. Es geht also um die Definitionsmacht von Begriffen. Entlang dieses Grabens entwickelte sich das Projekt „What Is Democracy?“.

Am Film fasziniert, wie er einen offenbar weltumspannenden kritischen Diskurs zur Frage der Demokratie zeigt. Du hast den knapp zweistündigen Film aus über 40 Stunden Videomaterial geschnitten. Gibt es diesen tatsächlich oder findest Du die Dis-

course doch eher unterschiedlich und noch unvernetzt?

Der Film zeigt, dass das Wissen um die Probleme der repräsentativen Demokratie und die Wünsche nach anderen Formen von Demokratie an vielen Orten dieser Welt verbreitet ist, dass dieses Wissen quasi demokratisiert ist. Bei Jacques Derrida kommt der Begriff einer „transnationalen Demokratie“ vor, und dieser Gedanke einer weltweiten, überstaatlichen Demokratisierung spiegelt sich zu einem gewissen Grad in der Struktur des Films wider. Initiativen wie die Weltsozialforen haben, glaube ich, schon zur Verbreitung von alternativen Vorstellungen von Demokratie beitragen. Zudem kommen im Film auch zwei Indigenas in den USA und in Australien zu Wort, die sich auf viel ältere Formen der Demokratie beziehen, die von den weißen EinwanderInnen systematisch zerstört wurden. Ich wollte mit diesem Film nie ein Modell einer anderen Art von Demokratie propagieren. Sondern unterschiedlichen Ansätzen eine Plattform geben und auch dem Publikum ermöglichen, seine eigenen Vorstellungen darüber zu erweitern, was Demokratie sein könnte.



Im Mai 2008 hast Du ein Interview mit Nikos Panagos in Thessaloniki aufgezeichnet. Darin sagte er die Weltwirtschaftskrise aufgrund der Probleme am US-amerikanischen Immobilienmarkt voraus.

So überraschend kam diese Krise ja wirklich nicht. Überraschend war eher, dass es so lange gedauert hat. Nikos Panagos benennt aber nicht nur Monate vor der Krise deren konkreten Auslöser, sondern skizziert seine Kritik an der repräsentativen Demokratie auch mit sehr konkreten Vorstellungen, wie eine demokratische Gesellschaft jenseits von Repräsentation und Kapitalismus organisiert werden könnte. Er propagiert das Modell einer „Inclusive Democracy“, einer umfassenden Demokratie. Das ist eine in Räten organisierte direkte Demokratie, in der alle Bereiche des Lebens, selbstverständlich auch die Ökonomie, demokratischen Entscheidungsprozessen unterworfen sind. Ohne eine Demokratisierung der Wirtschaft ist „Demokratie“, die diesen Namen auch wirklich verdient, keinesfalls zu realisieren.

Im letzten Kapitel des Films stellst Du die Frage: „Sollten wir das westliche Demokra-



Jo van der Spek und Cheikh Papa Sakho vor dem Abschiebegefängnis beim Flughafen Schiphol in Amsterdam. Bild: Oliver Ressler

tiemodell dem Müllhaufen der Geschichte überantworten?“ Was denkst du persönlich?

Ich denke, dass eine radikale Transformation der Gesellschaft notwendig ist, an deren Ende zumindest jene „repräsentative Demokratie“, in der das Kapital besser als die Menschen repräsentiert zu sein scheint, überwunden werden muss. Während weltweit Banken mit hunderten Milliarden Euro an Steuergeldern gerettet wurden, wird von den „Repräsentanten“ gleichzeitig behauptet, es gäbe kein Geld, um Armut, Hunger oder Arbeitslosigkeit zu reduzieren oder den dringend notwendigen ökologischen Wandel anzugehen. Diesen lobbyistischen Kapitalparlamentarismus abzuwickeln, könnte auch hier im reichen Europa schon bald ein mehrheitsfähiger Wunsch werden. Spätestens dann, wenn die durch die Rettung der Banken verschuldeten nationalen Haushalte auf Kosten der Allgemeinheit saniert werden.

Wenn du dieses Filmprojekt mit deinem Ausstellungsprojekt „Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften“ vergleichst: Hast Du den Eindruck, dass das

Wissen um Alternativen in aktivistischen Kreisen verbreitet ist und Systemalternativen aktiv verfolgt werden?

Für die Ausstellungsserie „Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften“ habe ich im Laufe mehrerer Jahre 16 Videos mit ÖkonomInnen und GesellschaftstheoretikerInnen gemacht, die jeweils ein ganz konkretes Modell oder Konzept für eine alternative Ökonomie oder Gesellschaft erarbeitet haben. Es war schon klar, dass eine derart konkrete Formulierung von Alternativen nicht das Ziel von „What Is Democracy?“ sein kann. Grundsätzlich glaube ich, dass die bestehenden Machtverhältnisse derart zu Ungunsten linker AktivistInnen gelagert sind, dass sehr viel Energie in die Verteidigung noch bestehender (Frei-) Räume fließt, die dann anderswo fehlt. Andererseits finde ich die Art, wie gegen die G8 oder gegen internationale Finanzinstitutionen mit Blockaden, Gegengipfel und Camps mobilisiert wird, schon extrem beeindruckend. Ich sehe hier durchaus Modelle dafür, wie Menschen in einer horizontalen, nicht-hierarchischen Weise zu Entscheidungen gelangen und manchmal auch gewaltige politische Erfolge erzielen können.

Die 8-Kanal Videoinstallation „What Is Democracy?“ ist seit 12.03.2010 in einer Einzelausstellung im Alexandria Contemporary Arts Forum in Ägypten zu sehen. Der Film ist auf www.ressler.at/de/what_is_democracy_film online zu sehen. Das Buch „Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften“ ist 2008 im Promedia Verlag erschienen.



Oliver Ressler. Bild: Adriana Rivas

Im Film wird Herbert Marcuse zitiert, wozu leben, in dem System der repressiven Toleranz leben, in dem Kritik nur geduldet wird, solange sie ungefährlich ist. Wie steht es um die Kritik in Deinem Film?

Ein Film als ein isoliertes Produkt ist ungefährlich, hat aber ein gewisses Potenzial. Gefährlich werden könnte ein Film, wenn er nicht nur existiert, sondern auch gezeigt wird. Wenn er ein Publikum findet, das den Film nicht nur konsumiert, sondern zum Handeln bewegt. Wenn es gelingt, an bestehende soziale Bewegungen anzudocken und diese den Film für ihre Aktivitäten und Mobilisierungen nutzen. Wenn diese zu einer „Demokratie“ im Sinn von Jacques Rancière führen: zum Bruch mit den herrschenden Institutionen.

Du hast mit dem Film als Installation schon einige teils auch große Ausstellungen bespielt. Wie erlebst du den Umgang des Publikums?

Auf der Biennale de Lyon 2009 war die 8-Kanal Videoinstallation „What Is Democracy?“ eine der bestbesuchten und wurde auch in zahlreichen Berichten besprochen. In der Regel fielen diese allerdings nicht positiv aus, was mich wenig verwundert, da die Statements der Akteure doch sehr weit links sind. Im zentralen Video der Installation wird unter anderem auch eine französische Nationalflagge abgefackelt, das war für einige KommentatorInnen großer Medien sicherlich wenig erbaulich.



DAGEGEN!

Alte Kulturlandschaft in der Osttürkei: sollte geflutet werden.



Tigris-Tal nahe der Ortschaft Ilisu.

DER MUTMACHER

NGOs hatten bereits kapituliert, der Staudamm im türkischen Ilisu war so gut wie gebaut. Dann brachte Ulrich Eichelmann, ein Naturschützer aus Wien, die monströse Mauer ins Wanken.

Text: Edith Meinhart

Fotos: ECA Watch/Stop Ilisu Kampagne

Am 5. August 2006 reiste der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan nach Ilisu. Dort hatte man für den hohen Besuch alles aufgeboten, was zu einer staatstragenden Inszenierung gehört: überlebensgroße Transparente mit seinem Konterfei, eine begeisterte Gefolgschaft, bewaffnete Soldaten. Als der Regierungschef mit feierlicher Miene zum Spatenstich für den zweitgrößten Staudamm des Landes schritt, musste dem letzten Zweifler klar sein: Hier wird gebaut, Widerstand zwecklos.

Mehr als tausend Kilometer entfernt saß Ulrich Eichelmann an diesem Abend in Wien vor dem Fernseher und sah in der ZiB2 Bilder der Veranstaltung: „Nein, das kann es nicht sein“, dachte er. Der WWF-Exper-

te kannte das Bauvorhaben seit Jahren. Er kannte sogar alle NGOs, die es verhindern hatten wollen. Sie hatten inzwischen geschlossen kapituliert. Der Rest Widerstand, der geblieben war, erschöpfte sich darin, Verbesserungen für die Landschaft und die ansässige Bevölkerung zu erringen.

Doch schon in der Hainburger-Au hatte man vor 25 Jahren die Erfahrung gemacht, dass verzweifelter Widerstand sich lohnt. Ausichtsloser als die damalige Anti-Kraftwerksbewegung konnte ein Protest kaum sein. Auch Ulrich Eichelmann konnte eine „mission impossible“ nicht abschrecken. Und der Ilisu-Staudamm gehörte genau in diese Kategorie. In zwei Etappen sollte er fallen, so der verwegene Plan: Erst musste das euro-

päische Baukonsortium dazu getrieben werden, aus dem Projekt auszusteigen, danach die türkische Regierung.

Alles oder nichts

Der 48jährige Eichelmann ist dafür weit gegangen. Das erste Stück des Wegs legte er allein zurück. Ausnahmslos jeder, dem er von seinem Vorhaben erzählte, wehrte ab: Es sei sinnlos, damit seine Zeit zu vergeuden. „Zu verhindern ist der Staudamm erst dann nicht mehr, wenn er steht“, pflegte er zu antworten. Noch stand die 1.820 Meter lange, 135 Meter hohe Mauer nicht. Noch war Hasankeyf, das malerisch am Felsufer des Tigris gelegene, antike Städtchen nicht überflutet. Noch waren Tausende Menschen nicht von

dort abgesiedelt worden. Und Eichelmann ließ nicht den kleinsten Gedanken daran zu, dass es jemals so weit kommen könnte. Alles oder nichts.

Der Naturschützer hatte wilde Entschlossenheit aufzubieten; doch die meisten Argumente waren auf Seiten der Zweifler: Die Klimadebatte hatte der Wasserkraft weltweit ein

ERST MUSSTE DAS BAUKONSORTIUM DAZU GETRIEBEN WERDEN, AUS DEM PROJEKT AUSZUSTEIGEN, DANACH DIE TÜRKISCHE REGIERUNG.

unverhofftes Hoch beschert. Ihre LobbyistInnen trommelten die Geschichte von der „sauberen“ Energie. Mit Erfolg: 700 Staudämme sind allein in der Türkei geplant, rund 1.500 werden rund um den Globus hochgezogen und der Antikraftwerksbewegung bleibt nicht viel mehr, als hinterher zu hecheln.

Die Ausgangslage für die Rettung des Tigris-Tals konnte schlechter nicht sein: Das 1,2 Milliarden Euro-Kraftwerk war durchfinanziert. Ein Baukonsortium aus Österreich, Deutschland und der Schweiz hatte einen großen Teil des Auftrags eingeehmt. Die Turbinen sollten von der VA-Tech Hydro, einer Tochter des Grazer Anlagenbauers Andritz, kommen. An dem Bauvorhaben hingen hoch qualifizierte Jobs in Europa und tausende Arbeitsplätze in der Türkei. Für die Regierung in Ankara war der Ilisu-Staudamm ein Zeichen des Fortschritts. Der Widerstand war regional begrenzt. Im Rest des Landes setzte sich kaum jemand für die bedrohte, mehrheitlich kurdische Bevölkerung ein oder für die gefährdeten Kulturdenkmäler und Landstriche.

Ulrich Eichelmann stand gegen ein Stauwerk auf, das jährlich 3.800 Gigawatt Strom liefern sollte – ein kleiner Naturschützer aus Österreich, in der Türkei ein Niemand. Doch er verstand etwas vom Kampagnisieren. 1990 war der gebürtige Deutsche nach Wien über-

siedelt und hatte als Praktikant beim WWF zu arbeiten begonnen. Dort blieb er bis 2007 als Experte für den Schutz und die Verbesserung der Fließgewässer. Er koordinierte die Kampagne zur Errichtung des Nationalparks Donau-Auen, für die sich auch prominente ÖsterreicherInnen einspannen ließen, und schnorrte 80 Millionen Schilling für das Nationalpark-Projekt zusammen. Heute darf dort kein Kraftwerk mehr gebaut werden.

Viele leere Kilometer

Und nun also Ilisu. Den Bau zu verhindern, stellte alles in den Schatten, was Eichelmann bisher gemacht hatte. Ein zweites Projekt hatte daneben nicht Platz. „Ich bin überzeugt, dass diese Ausschließlichkeit für den Erfolg wesentlich war.“, sagt er rückblickend. Eichelmann arbeitete an einer losen Plattform namens „Eca watch“ mit, die staatlichen Kontrollbanken auf die Finger sah. Für den Ilisu-Widerstand gründete er nun einen eigenen Verein. „Eca watch Österreich“, das Zwei-Mann-Projekt brauchte vor allem eines dringend: Geld. Doch das war schwierig aufzutreiben: „Wer investiert schon in hoffnungslose Projekte?“

Noch dazu in der Türkei. Eichelmann musste viele leere Kilometer zurücklegen, bis er bei der deutschen Umweltstiftung Manfred Hermsen schließlich finanzkräftige MitstreiterInnen fand. Er argumentierte, europäische Banken und Firmen hinterließen in der Kurdenregion „einen sozialen Fußabdruck“, deshalb gehe dieser Staudamm „uns ganz direkt an“. Kaum waren die Mittel da, begann die Knochenarbeit: MitarbeiterInnen anheuern, Informationen aufbereiten. Eichelmann flog nach Istanbul, um JournalistInnen zu treffen. Fünf Tage lang saß er von früh bis spät mit VertreterInnen türkischer Medien und Auslandskorrespondenten von Al Jazeera bis zur Süddeutschen Zeitung zusammen und erzählte die immer gleiche Geschichte von der drohenden Zerstörung eines Weltkulturerbes.

Ihm war klar, „dass sich nicht nur in Europa, sondern auch in der Türkei selbst die

Stimmung gegen das Kraftwerk wenden muss.“ Keine leichte Aufgabe in einem Land mit 73 Millionen EinwohnerInnen, die politische Inszenierungen und wirtschaftliche Interessenslagen mehrheitlich schweigend und widerspruchslos akzeptieren und in einer unterentwickelten Zivilgesellschaft, in der KampagnenleiterInnen kaum zu finden sind. Doch dann traf Eichelmann einen Ex-Greenpeace-Mann, der für die aussichtslose Aufgabe entflammte. Erkut Ertürk nahm die türkische Anti-Ilisu-Kampagne in die Hand.

Das kleine Problem, dass „Uli und Ertürk“ völlig unbekannte Größen waren, schaffte sich von selbst aus der Welt. „Doga Derneği“, eine Art Naturschutzbund, klopfte bei den beiden an, ob sie die Widerstandsbewegung nicht in seinem Namen und unter seinem Dach organisieren wollten: „Das wollten wir natürlich.“ Und dann kam der 15. Mai 2008, der Durchbruch. Die Aktivisten eröffneten ein Büro vor Ort. Tarkan reiste an. Der junge Popstar, der in der Türkei oder in Berlin mit tief ins Gesicht gezogener Mütze herumgehen muss, um nicht von Fans belagert zu werden, machte es zu seinem Herzensanliegen, die Ilisu-Region zu retten.

Alle Kameras scharten sich um ihn. Und zum ersten Mal blickten alle Medien des Landes auf Hasankeyf. Der Tonfall der Berichte änderte sich. Etwas von dem Glanz des türkischen Pop-Gottes war auf die AktivistInnen gefallen, und es war nun nicht mehr angesagt, sie als TerroristInnen zu diffamieren. Die prominente Rückendeckung zog weitere KünstlerInnen und Persönlichkeiten an. Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk und Nationaldichter Yasar Kemal unterzeichneten die Petition „UNESCO Weltkulturerbe für Hasankeyf und das Tigris-Tal“. Die kurdische Sängerin Aynur Dogan schrieb ein Lied für die Anti-Ilisu-Bewegung, der Filmemacher Faith Akin machte einen Videoclip.

Ein „park of hope“

Und dann kam Bianca Jagger. Ulrich Eichelmann hatte eines Tages ihre Telefonnummer gewählt, die er von einem Bürgermeister aus dem Tigris-Tal bekommen hatte. Sie hob ab und sagte mit einer Divenstimme, die ihm wohlige Schauer verursachte, sie sei dabei. In einem „park of hope“ nahe Hasankeyf pflanzte sie ein Mandelbäumchen, umringt von kurdischen Männern, die ihr dabei zusahen. „Sie machte das nicht aus Show, sie hat sich engagiert“, sagt Eichelmann. Bianca





Tausende protestieren gegen die Flutung von Hasankeyf (s.u.), einer der ältesten Städte der Welt.

Jagger aktivierte ihre Drähte zu anderen Prominenten, und manchmal rief sie ihn mitten in der Nacht aus New York an, weil ihr etwas eingefallen war.

Ulrich Eichelmann hatte auch ein paar Verbindungen aus alten Tagen. Er stattete Krone-Chef Hans Dichand einen Besuch ab. Die beiden hatten einander bei der Kampagne für den Nationalpark Donau-Auen kennengelernt. Eichelmann als Naturschützer in der Au, der Zeitungsmacher auf publizistischem Feld. „Wollen Sie wieder kämpfen?“ fragte Dichand geradeheraus. Eichelmann antwortete: „Ja, aber dieses Mal ist es etwas richtig Großes.“ Auf Dichand war Verlass. Sein Blatt berichtete nun regelmäßig und in großer Aufmachung über den „Verrat an Kultur und Natur“, den „Skandal-Staudamm“, das mit österreichischen Steuergeldern bezahlte „Zerstörungsprojekt in der Türkei“.

Die Tageszeitungen Standard und Presse zogen mit; immer mehr deutsche Medien, allen voran Spiegel und Süddeutsche Zeitung, stellten sich auf die Seite der Kraftwerksgegner. Im Herbst 2008 lief der Film „Und

macht euch die Erde untertan“ in den Kinos an. Über 3.000 Menschen sahen Christoph Walders Dokumentarfilm über den Ilisu-Staudamm. Langsam kippte die öffentliche Meinung gegen das Kraftwerk - und ganz langsam bewegten sich auch die türkischen Medien: „Jeder Journalist, der nach Hasankeyf kam, um selbst zu sehen, welche Schätze dort unter Wasser stehen werden, sah das

„WOLLEN SIE WIEDER KÄMPFEN?“, FRAGTE DICHAND GERADEHERAUS.

Projekt danach kritisch“. Zu Beginn hatten die türkischen Medien fast ausnahmslos für den Staudamm geschrieben, „am Schluss hatten wir 90 Prozent auf unserer Seite.“ Türkische Soldaten nahmen die AktivistInnen mehrmals fest, behandelten sie aber nie unfreundlich. „Man hat uns wahrscheinlich nicht ganz ernst genommen.“, sagt Eichelmann. Schwieriger war die Lage für jene Kurden vor Ort, die sich offen gegen die Mauer stellten. Diese AktivistInnen

schützte nur mediale Aufmerksamkeit aus dem Ausland. Die offizielle Türkei hielt weiter an ihren Ilisu-Plänen fest, brauchte aber die europäischen Partner zur Umsetzung. Sie sollten 450 Millionen Euro, immerhin ein Drittel des Gesamtvolumens finanzieren, ihre Staaten dafür die Haftung übernehmen.

Und dann passierte etwas, das außer Eichelmann niemand für möglich gehalten hatte: Österreich, Deutschland und die Schweiz sowie die Banken stiegen aus. Ein Ereignis, so „einmalig“ wie Hainburg: „Nie zuvor wurden in der Exportwirtschaft bestehende Verträge gekündigt.“ Nun will die EU die Staudammpläne noch einmal unter die Lupe nehmen und appellierte an die Türkei, mit den Bauarbeiten zuzuwarten, bis das Prüfergebnis da ist. Der in Wien lebende Naturschützer Eichelmann fühlt sich in seiner Rolle als Mutmacher bestätigt: „Die Chance, etwas zu verhindern, gibt es immer.“

Edith Meinhart ist Redakteurin im Nachrichtenmagazin „profil“.



Eskalation beim G8-Gipfeltreffen in Genua 2001.

WAS WURDE AUS DER MULTITUDE?

Mit der Antiglobalisierungsbewegung ist auch die Idee der Multitude in die Krise geraten. Die Vielfältigkeit der Bewegung offenbarte ihre andere Seite: als zusammenhangloses Nebeneinander politischer und sozialer Initiativen.

Text: Karl Reitter
Fotos: Ares Ferrari

Der Begriff Multitude, zu Deutsch „Menge“, wurde durch das Buch *Empire* von Antonio Negri und Michel Hardt populär. Im Jahr 2000 erschienen, war das Werk ein durchschlagender Erfolg. Breit rezipiert und diskutiert, schien es für eine Phase, als ob der Begriff Multitude zum festen Bestandteil des gesellschaftskritischen Denkens werden würde. Heute, fast zehn Jahre nach Erscheinen, ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Und diese Bilanz ist ernüchternd.

Fragen wir zuerst nach einigen Gründen für den großen Erfolg von *Empire*. Der Text ist ein großer Entwurf, der sich nicht mit Kleinigkeiten abgibt. Gegenstand des Buches ist der seit Jahrhunderten währende Konflikt zwischen der Multitude und ihrer produktiven Fähigkeit zur Selbstorganisation einerseits und den ihr äußerlichen Kräften von Kapital und Staat andererseits, die der Multitude eine fremde und repressive Ordnung aufzwingen wollen. Die Initiative lag immer schon, so Hardt und Negri, bei der Multitude. Diese trieb die Kräfte der repressiven Ordnung vor sich her. Auch die Ablöse des alten Imperialismus durch das ihm nachfolgende *Empire* war und ist ihr Werk. Staat

und Kapital erscheinen so als bloße Hülle, als der Multitude äußerliche, parasitäre Kräfte. „Das *Empire* selbst ist keine positive Wirklichkeit“ lesen wir etwa auf Seite 368.

Wer formt die Welt?

Nicht nur der große Wurf, auch der ermutigende Optimismus wirkte befreiend. Nach dem Zerfall und dem Desaster des Realen Sozialismus, nach all den Jahren der neoliberalen Umwälzung der Gesellschaft schien *Empire* die düsteren Gedanken der Niederlage und Ohnmächtigkeit wie mit Zauberhand zu verscheuchen. Opposition, Freiheitsstreben und Selbstbestimmung seien quicklebendig wie nie zuvor, lautete die Botschaft. Unversehrt und voll kreativer Produktivität sei das Subjekt der Befreiung und des Kommunismus, sein Name: Multitude.

Alte, überholte Begriffe wie Imperialismus aber auch Proletariat und ArbeiterInnenklasse wurden durch neue Ausdrücke, nicht zuletzt eben durch den Terminus Multitude ersetzt. Neue Begriffe versprachen ein neues Denken, die linke Theorie sollte sich daran erneuern und den Ballast der Vergangenheit abschütteln. Während in den Augen der Öffentlichkeit der Ausdruck Proletariat mit ei-

ner versunkenen Arbeiterkultur und einer schwindenden Industriearbeiterschaft verknüpft ist, verwies Multitude ebenso auf die Vielfältigkeit der sozialen Existenzformen wie auf die Pluralität des Widerstandes der sozialen Bewegungen. Negri und Hardt verknüpften zudem geschickt den Ausdruck Multitude mit neuen Aspekten der Arbeit, elegant flossen die Termini „affektive Arbeit“, „Information und Wissen“ und vor allem „immaterielle Arbeit“ in den Diskurs ein. Im Herzen der Multitude schienen die neuen postfordistischen Arbeitsformen auf, die die Autoren als historisch verspäteten Ausdruck des Strebens nach Freiheit und Selbstbestimmung der 68er Bewegung interpretierten.

Die Antiglobalisierungsbewegung, die nach den Protesten gegen eine Konferenz der WTO in Seattle im November 1999 einen mächtigen Aufschwung nahm und in die Sozialforenbewegung ab 2001 mündete, schien exakt mit den Merkmalen der Multitude zu harmonieren: Vielfältig, dezentral, aktiv, selbstbewusst, international vernetzt und ohne traditionelle, repräsentative politische Organisationsformen, schien sich ein neues politisches Subjekt herauszubilden. Mit der Antiglobalisierungsbewegung ist



Die „Menge“ heute: autonom, vereinzelt.
Bild: Karin Wasner

auch der Begriff der Multitude in die Krise geraten. Die Pluralität und Vielfältigkeit der Bewegung offenbarte ihre andere Seite: als ein zusammenhangloses Nebeneinander politischer und sozialer Initiativen, die als Bewegung selbst kaum politisch handlungsfähig ist. So berechtigt und notwendig die Kritik an der Repräsentation auch war – niemand kann ernsthaft beanspruchen, im Namen bestimmter sozialer Gruppen und Klassen zu sprechen – so sehr drohte das Konzept der Multitude in einen Absentismus gegenüber der politischen Sphäre selbst zu kippen. Wozu sich mit Wahlen, Regierungsbildungen und Gesetzen beschäftigen, wenn doch die Multitude unablässig die Welt formt?

Ansammlung von Singularitäten

Vor allem stimmte der Triumphalismus immer schlechter mit der alltäglichen Lebenswirklichkeit überein. „In Wahrheit nämlich sind wir die Herren dieser Welt, weil unser Begehren und unsere Arbeit sie fortwährend neu erschaffen“, wird in *Empire* behauptet. (394) Die gesellschaftliche Entwicklung weist leider in die gegenteilige Richtung: Der Druck auf Erwerbsarbeitslose, MigrantInnen und Studierende steigt. Gesetze werden verschärft, die Kontrolle erhöht. Die Wechselwirkung von neuen, prekären Arbeitsformen, hoher Sockelarbeitslosigkeit und postfordistischen Umstrukturierungen hat die Situation aller Erwerbstätigen massiv verschlechtert. Der Begriff der Multitude wurde als unkritisches Feiern der neuen selbständigen und scheinselfständigen Schichten kritisiert. Diese Kritik war zweifellos überzogen, aber ein kleiner Kern von Wahrheit ist ihr nicht abzusprechen. Tatsächlich schienen die im immateriellen

STATT ALS HERREN DER WELT, FANDEN SICH VIELE ALS KNECHTE DES MARKTES WIEDER.

Sektor arbeitenden Personen so etwas wie eine neue Avantgarde einer veränderten Produktionsform zu sein, einer Produktion, die primär auf Informationsverarbeitung und Kommunikation beruht. Insbesondere diese Schichten müssten, schon um ihre Arbeit durchführen zu können, über Souveränität und Autonomie verfügen können. Inzwischen haben zahllose Menschen Erfahrungen mit den neuen, postfordistischen Arbeitsformen gemacht. Von den ursprünglichen Hoffnungen ist wenig geblieben. Auch in den so genannten Avantgardesektoren dominiert Fremdbestimmung und Hierarchie. Statt als Herren der Welt, fanden sich viele als Knechte des Marktes wieder.

Auch die Sphäre der großen Weltpolitik lässt sich kaum mit dem Muster „die Multitude agiert, das Empire reagiert“ deuten. Welche Triebkräfte und Kalküle wir auch immer hinter den Kriegen, militärischen, politischen und ökonomischen Interventionen der dominierenden Mächte vermuten, die Multitude scheidet in der Regel als treibende Instanz realistischer Weise aus. Wenn sich aber Erfahrungen, sei es auf lokaler, sei es auf internationaler Ebene, immer schwieriger mit bestimmten Begriffen deuten und erklären lassen, dann geraten diese Begriffe in die Krise. Diese Krise wurde und wird durch theoretische Unklarheiten verschärft, die diesen Begriff immer schon anhafteten. Nicht zufällig erfolgte die Definition der Multitude nur in Abgrenzung zum Volksbegriff. Diese Unterscheidung funktioniert: Das Volk kann sich nicht selbst organisieren, es bedarf zu seiner Existenz des Staates, der es repräsentiert und dadurch ins Leben ruft. Im Gegensatz dazu ist die Multitude eine nicht repräsentierbare, sich selbst organisierende Vielheit. Aber wie ist das Verhältnis zum Begriff des Proletariats? Keine der ProtagonistInnen des Multitudebegriffs dachte daran, den Terminus Proletariat aufzugeben und durch den der Multitude zu ersetzen. Dies ließ jede Menge Fragen offen, die bis dato nicht geklärt sind.

Gerät ein Denken in die Krise, reagiert es mit Formeln und Floskeln. Zweifellos ist jede sozialphilosophische Theoriebildung auf einer hohen Abstraktionsebene angesiedelt. Wenn die Aussagen jedoch zu kreisen beginnen, wenn Konkretisierungen kaum vorzunehmen sind, dann ist Skepsis angesagt. Die Multitude, so Negri und Hardt im später verfassten Buch *Multitude*, sei eine diffuse Ansammlung von Singularitäten, die ein gemeinsames Leben produzieren. Ohne Geld, ohne Zwang zur Lohnarbeit, ohne durch Gesetze und Bestimmungen kontrolliert und bestimmt zu werden? Oder sollen alle diese aufgezählten Elemente bloß äußerlich Zusätze sein, die das eigentliche produktive Sein der Multitude nicht berühren würden und ihre ontologischen Bestimmungen nichts angingen? Wenn wir aber diese Bedingungen als Momente der realen Existenzsituation der Multitude akzeptieren, ist dieser Begriff dann noch in seiner ursprünglichen Version aufrecht zu erhalten?

Es ist kein Zufall, dass der Begriff der Multitude gegenwärtig still und leise aus der Diskussion verschwindet. Manche ProtagonistInnen erkennen offenbar seine Schwächen. An die Stelle einer kritischen Bilanz scheint jedoch ein neuer Betreff zu treten: es ist der Begriff des Gemeinsamen, der Begriff „Commons“. Nun gut: die Diskussion sei eröffnet.

Karl Reitter ist Publizist, Buchautor, Redakteur von „grundrisse – zeitschrift für linke theorie und debatte“.

Der Begriff Multitude wurde durch das Buch *Empire* von Antonio Negri und Michel Hardt populär. Darin erweitern die Autoren den „klassischen“ operaistischen Ansatz, wonach die ArbeiterInnenklasse, ihre Kämpfe und ihre Wünsche das eigentlich bestimmende Subjekt der geschichtlichen Entwicklung darstellt. Die Stelle des Proletariats nimmt nun die Multitude ein, deren soziale Existenz nicht mehr an das Lohnverhältnis gebunden wird. Die Multitude ist das eigentliche, unverfälschte Subjekt der Geschichte. Völker und Nationen sind bloß sekundäre, durch Staat, Repräsentation und Medien erzeugte Masken, die über die Multitude gestülpt werden.



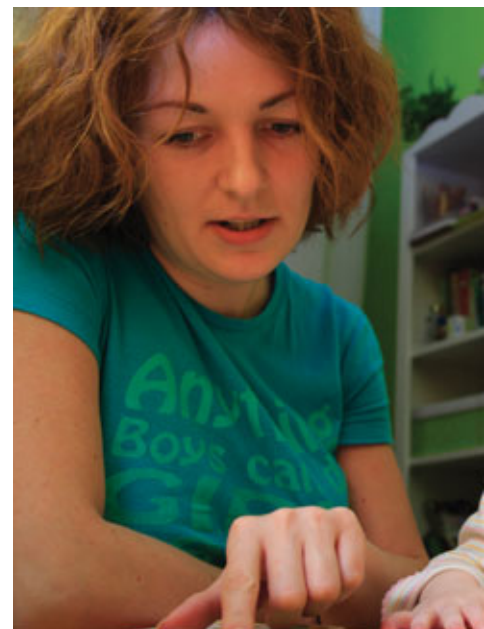
**Wie lange können wir
uns Reiche noch
leisten?**

Die Leistungsträger!

“Leistungsträger” ist ein politisches Schlagwort, das vor allem in der Steuer- und Sozialpolitik verwendet wird. Es bezeichnet BesserverdienerInnen und dient in der politischen Diskussion der Begründung insbesondere einer Senkung des Spitzensteuersatzes oder der Reduzierung der Steuerprogression.



Ümüt Kaya ernährt mit den Einnahmen seines Lebensmittel Ladens im 2. Wiener Gemeindebezirk eine 7-köpfige Familie. Oft dauert sein Arbeitstag länger als 14 Stunden, nicht nur an Werktagen. Urlaub war zuletzt 1998. Wo? Türkei, lacht Herr Kaya.

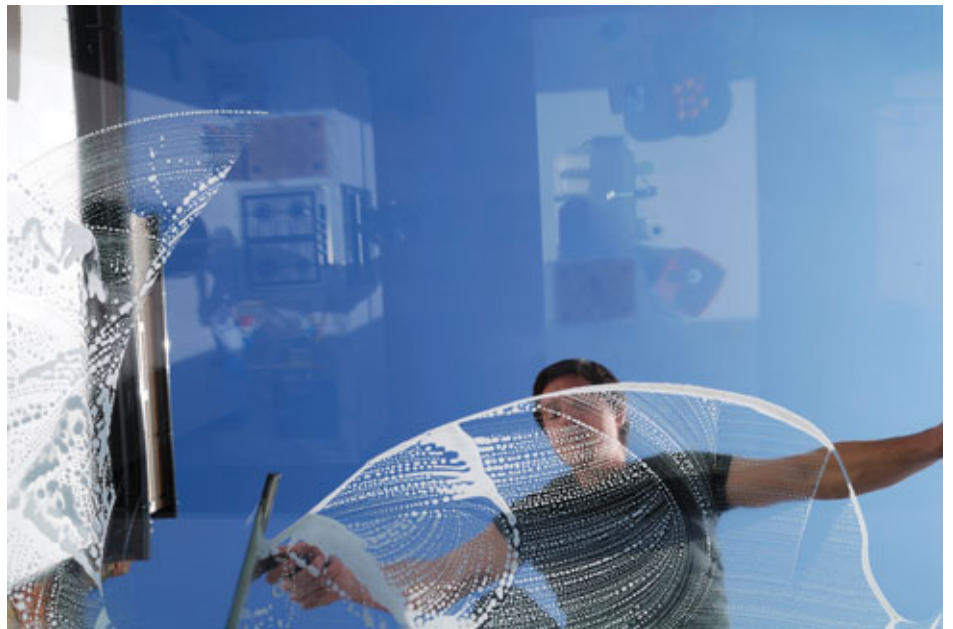


Karin Neukam arbeitet seit 2 Jahren als Köchin in einer niederösterreichischen Gemeinde. Mit dem neuen Arbeitsplatz. Dafür verdient Frau Neukam 1.200 netto.

olitik verwendet wird.
 ung einer Senkung der Steuerlast,
 ogression. (Zitiert nach Wikipedia)



Kindergartenpädagogin in einer kleinen
 em Auto braucht sie eine Stunde zum
 Neukam jetzt als Vollzeitkraft mehr als



Bildnachweis: Istockphoto.com

Werner Lebic steht um 4 Uhr auf. Im Sommer freut er sich manchmal über den
 Sonnenaufgang, im Winter frieren die Finger. Wenn er seinen Stundlohn aus-
 rechnet bleibt oft nicht mehr als 5 Euro. Um 13 Uhr übernimmt Herr Lebic den
 3-jährigen Marco von Frau Marlene.



Die wollen sich einfach nicht anpassen.



Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation

vidc.org

Zentrales politisches Anliegen des VIDC ist die Förderung einer kritischen Öffentlichkeit zu Kolonialismus und Rassismus und die Herstellung eines internationalen Dialogs auf der Basis von Gleichberechtigung und Respekt.

Veranstaltungen des VIDC im April 2010

15. April 2010 | 18.30 Uhr | Haus der Musik, Veranstaltungssaal, Seilerstätte 30, 1010 Wien

Südafrika quo vadis?

Hauptvortrag: **Horst Kleinschmidt**, Kreisky-Menschenrechtspreisträger, engagiert in der südafrikanischen Anti-Apartheidsbewegung, lebt heute wieder in Südafrika und beschäftigt sich mit Fragen von Armut und Nachhaltigkeit

27. April 2010 | 18.30 Uhr | C3, Sensengasse 3, 1090 Wien

Gestohlene Kindheit – Kinder im Krieg und auf der Flucht

Hauptvortrag: **Rita Schäfer**, Ethnologin aus Deutschland, Forschungen u.a. zu Geschlechter- und Generationenkonflikte in Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften in Afrika

Infos und Anmeldung zu den Veranstaltungen: www.vidc.org

Rückblick

Die Dokumentationen zu diesen Veranstaltungen sind auf unserer Website www.vidc.org verfügbar.

21.1.10 | Internationale Tagung:

Roma- Diskurse. Rassismus in Zeiten der Krise

19.11.09 | Tagung: **Wer (ver-)sorgt in Zeiten der Krise?**

Feministische Blicke auf die Finanzkrise und Care-Ökonomie

11.–12.11.09 | Internationale Tagung mit **Heiner Flassbeck**:

Wege zu einer neuen Weltfinanzordnung; Systemische Antworten auf die Nahrungsmittel- und Finanzkrise

3.11.09 | **Wer ist Wir? Europa und seine Muslime.** Vortrag

von **Navid Kermani**, Schriftsteller und Islamwissenschaftler, Köln

21.10.09 | **The Freedom Theatre Jenin. Jugend in Krisen-**

regionen; Diskussion im Anschluss an die Theater- vorstellung

13.10.09 | **Türkei 2009: Frauen in Bewegung.** Vortrag **Pinar**

Selek, Soziologin und Journalistin, Istanbul/Berlin

29.-30.9.09 | Konferenz: **Perspektiven jenseits von Krieg**

und Krise II. Nahrungsmittelhilfe, Armutsverwaltung und Entwicklungspolitik im israelisch-palästinensischen Konflikt

23.9.09 | **Zwischen Republik und Gottesstaat. Wohin**

steuert der Iran? Vortrag von Bahman Nirumand, Autor und Publizist, Berlin

Weitere Informationen und kostenlosen Newsletter bestellen

Tel.: 01-713 35 94 | E-Mail: office@vidc.org | www.vidc.org

Rassismus sichtbar machen!

Die Polizei soll künftig bereits bei der Aufnahme eines Delikts mögliche Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund dokumentieren. Das empfiehlt ECRI, die EU-Kommission against Racism im vierten Österreich-Bericht.

www.ecri.eu Bild: Marcell Nimführ



ABSCHIEBUNGEN NACH GRIECHENLAND

Nichts sehen, nichts hören, nichts tun!

Nach diesem Dreisatz agiert das deutsche „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ und schiebt weiterhin Flüchtlinge nach Griechenland ab. Eklatanten Mängeln des dortigen Asylsystems zum Trotz. Das Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder befand mittlerweile 100 Abschiebungen für unzulässig. Auch die des Irakers Hiwa H. Nur: „Er weiß nichts von seinem Glück“, erklärt dessen Berliner Anwalt Thomas Krautzig gegenüber MO. Der Kontakt sei abgerissen, zuletzt habe H. in Athen auf der

Straße gelebt. Das Urteil verpflichtet die Behörden zur unverzüglichen Rückführung, passiert sei aber nichts. Krautzig: „Eine Respektlosigkeit gegenüber der eigenen Justiz.“ Ob Abschiebungen nach Griechenland generell unzulässig sind, wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vor Sommer entscheiden. „Eine positive Entscheidung könnte auf deutsches Drängen auch die restliche EU übernehmen“, glaubt der Anwalt. Österreich lehnte ein Moratorium bisher ab. „Im Regel-

fall werden Flüchtlinge nach Griechenland abgeschoben, wenn das Land nach Dublin II zuständig ist“, erklärt BMI-Sprecher Rudolf Gollia gegenüber MO. Entschiede Karlsruhe anders, „müssten die EU-Innenminister das besprechen.“ Und bereits jetzt die Abschiebungen nach Griechenland aussetzen? „Das wäre absurd“, so Gollia. „Wenn ein EU-Staat die Standards nicht mehr gewährleisten kann, bricht ja das gesamte Asylsystem zusammen.“
Andreas Bachmann

Studie: Was Arbeit wert ist

Wer etwas leistet, darf auch verdienen. Eine Studie der Londoner „new economics foundation“ erhob den volkswirtschaftlichen Nutzen diverser Berufsgruppen. Das Ergebnis: Niedriglohn-Arbeit bringt der Gesellschaft den vielfachen Nutzen von Vielverdiener-Jobs. phs

Uni: Soziale Selektion nimmt zu

Laut jüngster Sozialerhebung sank der Anteil von Studierenden aus sozial schwachen Familien in Österreich seit 1998 von 26 auf 19 Prozent. Kinder von Elternteilen mit Matura haben hingegen eine fast dreifach so hohe Chance, auch ein Studium zu beginnen. ab

Schwedische Vorschulen als Vorreiter

Mehr als 80 Prozent aller Kinder über zwei Jahren besuchen in Schweden staatliche Vorschulen und befördern die Integration von Einwanderern. Mit der Übernahme der Kinderbetreuung will der Staat eine bessere Integration auf dem Arbeitsmarkt erleichtern. ab



Bild: Beata Bečia / iStockphoto

„Institutionen so umgestalten, dass sie die Potenziale der Menschen erkennen.“

DIVERSITY

Kulturelle Barrierefreiheit

Der Migrationsforscher Mark Terkessidis hält Multikulturalismus für überholt und plädiert für eine interkulturelle Öffnung der Institutionen. Der Staat müsse lernen, die Potenziale der Menschen zu erkennen.

INTERVIEW: PASCAL JURT, BILDER: KRAMAR/fischka.com



Du hältst das Konzept der Integration für überholt und schlägst in deinem Buch ‚Interkultur‘ als Gegenbegriff vor. Was ist der Unterschied zum Integrationskonzept?

Das Integrationskonzept stammt aus den 1970er Jahren. Es ist doch seltsam, wenn man 30 Jahre später die gleiche Problem-Agenda noch einmal auflegt und glaubt, wie damals gegensteuern zu können. Zudem: Wenn man nachliest, was der erste Ausländerbeauftragte der deutschen Bundesregierung Heinz Kühn 1979 in seinem Memorandum geschrieben hat, stellt man fest, dass ein Großteil seiner Vorschläge überhaupt nicht realisiert wurde. Auch das sollte Anlass sein, noch einmal über die Angelegenheit nachzudenken. Meine Kritik bezieht sich vor allem auf die von damals übernommene Vorstellung, es gebe eine Gruppe in der Gesellschaft, so genannte Personen mit Migrationshintergrund, die bestimmte Defizite aufweisen. Und zwar die gleichen wie in den 1970ern: mangelnde Sprachbeherrschung, patriarchale Familienverhältnisse, parallelgesellschaftliche Strukturen. Und dass die große Aufgabe darin besteht, diese Defizite zu beseitigen, nämlich durch kompensatorische Leistungen.

Was heißt das konkret?

Man geht damals wie heute davon aus, dass es in den Institutionen wie zum Beispiel im Kindergarten oder in der Schule eine Norm gibt, eine „deutsche“ Norm, von der Kinder mit Einwanderungshintergrund abweichen. Ihre Defizite sollen durch Sondermaßnahmen kompensiert werden, damit sie zu einer Stunde Null, etwa dem Schuleintritt, das gleiche Niveau ausweisen wie das „deutsche“ Normkind. Das macht insofern keinen Sinn mehr, als zum einen ein dramatischer demographischer Wandel stattgefunden hat. Bei den Unter-Sechsjährigen sind in den großen deutschen Städten die Kinder mit Migrationshintergrund mittlerweile in der Mehrheit. Damit existiert die besagte Norm nicht mehr.

Zum anderen ist die Kompensationslogik falsch. Die Institution wird nicht grundsätzlich reformiert, um die Vielfalt angemessen zu berücksichtigen, sondern die ‚Anderen‘ sollen mit Sondermaßnahmen verbessert und angepasst werden. Integration erscheint damit als zusätzliche Leistung und somit automatisch als lästige Angelegenheit. Das trägt auch dazu bei, dass die Leute regelrecht entmündigt werden. Es gibt eine regelrechte ‚Helferindustrie‘ in Sachen Integration. Mir geht es darum, dass die Institutionen so umgestaltet werden, dass sie Personen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und unterschiedlichen Hintergründen gerecht werden. Diese Aufgabe nenne ich das ‚Programm Interkultur‘.



In deinem Buch stellst du Großbritannien als Gegen- oder Differenzmodell zu Deutschland vor. Was wird dort anders gemacht?

Das Interessante an Großbritannien ist, dass man dort so etwas wie Diversity immer mitdenkt. In Großbritannien werden die Institutionen darauf geprüft, ob sie der gesellschaftlichen Vielfalt auch gerecht werden. Die primäre Frage ist eben nicht: Welche Defizite haben die Leute, dass sie keinen Zugang zu Institutionen finden? Sondern: Welche unsichtbaren, strukturellen Barrieren gibt es, die Leute von den Institutionen ausschließen? Einen Wendepunkt hin zu dieser Politik hat der Umgang mit Rassismus gebracht. Schauen wir uns an, wie in Deutschland mit dem

rassistischen Mord an Marwa E. in Dresden umgegangen wurde. Dieser fand noch dazu im geschützten Raum eines Gerichtes statt. Es gab zunächst Ignoranz und Leugnung, bis der Fall zu einem außenpolitischen Problem wurde. In Großbritannien hat dagegen der rassistische Mord an einem schwarzen Jugendlichen, Stephen Lawrence, zu Beginn der 1990er Jahre zu einem Umdenken geführt. Als die Polizei damals Zeugen nicht hörte und die Eltern unsensibel behandelte, und es zu keiner Verurteilung kam, hat das Innenministerium schließlich eine Untersuchung bei Lordrichter McPherson in Auftrag gegeben. Das Ergebnis war die Erkenntnis, dass es innerhalb der britischen Polizei „institutionellen Rassismus“ gibt. Also nicht einzelne

ZUR PERSON

Mark Terkessidis

Mark Terkessidis, geboren 1966, ist Publizist und Autor mit Schwerpunkt Migrationsforschung. Terkessidis studierte Psychologie und war von 1992–1994 Redakteur der Zeitschrift „Spex“. Publikationen u.a.: „Mainstream der Minderheiten“ (1996), „Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung – Von Migranten und Touristen“ (mit Tom Holert; 2006)

Polizisten haben sich intentional diskriminierend verhalten, sondern in den Routinen der Polizei gab Wahrnehmungsmuster, die dazu führten, dass der Fall verschleppt wurde. Damit richtete sich der Blick plötzlich auf die Funktionsweise der Institutionen und nicht mehr auf die Defizite und „Probleme“ einer bestimmten Gruppe in der Gesellschaft.

Du schlägst vor, die Institutionen zu überarbeiten. Wird in Großbritannien das „Wissen der Leute“ – wie du im Anschluss an Foucault formulierst – stärker berücksichtigt?

Es gab in Großbritannien schon zu Beginn der 1980er Jahre eine politische Mobilisierung rund um den Begriff „black“. Die Leute mit Einwanderungshintergrund haben sich massiv gegen Diskriminierung und für gleiche Rechte eingesetzt. Dieses Wissen ging in die Veränderung von Institutionen ein. In ähnlicher Weise hat ja auch die Arbeiterbewegung institutionelle Veränderungen erreicht. Aber selbstverständlich ist auch in Großbritannien nicht alles Gold, was glänzt. Es gibt mittlerweile auch eine routinisierte Rede von „Diversity“, die manchmal bemän-



Mark Terkessidis über sein „Interkulturelles Programm“.

telt, dass gar nichts passiert. Nur: In Deutschland gibt es ja überhaupt keine konsensuelle Vorstellung über ein Phänomen wie Diskriminierung. Die Leute wissen teilweise gar nicht, was das ist. Oft werden Migranten als überempfindlich bezeichnet, werden ihre Erfahrungen abgestritten. Da muss sich noch einiges ändern.

Welche Unterschiede gibt es zwischen deinem Entwurf und dem Konzept des Multikulturalismus?

Ich bin nicht der Auffassung, dass es reicht, oder dass es überhaupt ein Ziel an sich sein könnte, andere kulturelle Perspektiven zu übernehmen oder kulturelle Unterschiede per se zu respektieren. Ich denke nicht, dass alle kulturellen Unterschiede gute Unterschiede sind und auch nicht, dass man Unterschiede konservieren muss. Zudem geht es ja nicht nur um kulturelle Unterschiede, sondern auch um Ungleichheit. Im Multikulturalismus ging es immer um Identität, um die Rolle, die Identität in der Politik spielt. Mir geht es aber primär darum, dass unterschiedliche Voraussetzungen und Hintergründe im Betrieb der gesellschaftlichen Institutionen berücksichtigt werden, dass diese Institutionen sozusagen für alle Personen „barrierefrei“ werden. Dabei geht es eben darum, einen neuen gemeinsamen Raum zu erfinden. Es geht nicht darum, dass alle ihre Unterschiede behalten, dass wir eine deutsche, eine türkische und eine albanische Flagge nebeneinander hängen. In dem Moment, wo Barrierefreiheit hergestellt wird und wo es eine höhere Partizipation gibt von allen Leuten in dieser Gesellschaft, dann gibt es Veränderung und Erneuerung. Und das ist der Punkt. Zudem ist das Programm Interkultur ein strategisches Programm und kein Gesellschaftsentswurf. Es geht nicht um die interkulturelle Gesellschaft, sondern um die konkrete Veränderung von Institutionen entlang der Realitäten.

Welche Stellenwert hat Identität in einer solchen Politik?

In Deutschland hat sich nach der Wiedervereinigung die Perspektive in der Kultur massiv auf die Suche nach einer deutschen Identität verengt. Diese Suche ist jetzt an ein Ende gekommen, ohne dass man die deutsche Identität gefunden hätte. Am Ende hat ausgerechnet Herta Müller den Nobelpreis bekommen, eine Schriftstellerin, die aus Rumänien stammt und sich primär mit Rumänien beschäftigt. Offenbar hat das Ausland nicht mehr das gering-

ste Interesse an der deutschen Selbstbespiegelung, sondern gerade an den zahlreichen Brechungen innerhalb des „Deutschen“, an einer Kultur, die davon lebt, Knoten in einem Netzwerk von unterschiedlichen auch räumlichen Einflüssen zu sein. Diese Veränderung springt schon ins Auge, wenn man nur in der Stadt spazieren geht. In den Feuilletons kommt das aber erst langsam an. 20 Jahre hat man den großen Roman der Wiedervereinigung verlangt und nicht bekommen. Nun kann man sich vielleicht den vielen kleinen kulturellen Verschiebungen widmen, die man tagtäglich beobachten kann. Heute ist das Gesicht des deutschen Films international, etwa mit Fatih Akin. Das sagt ebenfalls etwas darüber, dass man im Ausland gerne die Geschichte eines anderen Deutschlands hören würde, die bis dato verdrängt worden ist.

Was denkst du über das Minarettverbot in der Schweiz?

Die Schweiz ist ein stark internationalisiertes Land, das lange nicht anerkennen wollte, dass es ein Einwanderungsland ist. Das verhält sich in Österreich ähnlich. Anzuerkennen, dass man ein Einwanderungsland ist, heißt aber auch, von der Fiktion Abstand zu nehmen, dass die Migranten wieder nach Hause gehen. Damit muss man eben auch mit dem Minarett leben. Im übrigen kann man aber gerne über Minarette diskutieren. Ich bin griechischer Herkunft. Als ich im Norden von Zypern war

und die orthodoxen Kirchen gesehen habe, denen nach der Intervention von 1974 brutal Minarette aufgestülpt wurden, dann sehe ich schon ein, dass man über Minarett auch als Machtdemonstration debattieren kann. Die Debatte selbst ist ja nicht der Punkt. Es geht vielmehr um die Feststellung: Das gehört nicht hierher, das gehört nicht zu „uns“. Das halte ich nicht nur für falsch, sondern auch im Sinne der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft für geradezu verheerend. Letztlich kann ich bestimmte Dinge in Österreich und der Schweiz nur schwer nachvollziehen. Das sind zwei Länder, in denen die wirtschaftliche Situation besser als in Deutschland und die Arbeitslosigkeit niedriger ist. Zumindest für Österreich gilt, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund niedriger ist. Und trotzdem gibt es diese hysterische Note. Die Leute scheinen das Gefühl zu haben, dass ihnen etwas weggenommen wird, dass sie nicht mehr „Herr im eigenen Haus“ sind. Diese Art von Angst vor Kontrollverlust scheint mir stärker als in Deutschland.

Warum sind eigentlich Menschen aus ländlichen Gebieten, in denen es sehr wenig Migranten gibt, so für populistische und rassistische Parolen anfällig? Haben sie Angst davor, ihre Privilegien zu verlieren?

Ich glaube, dass die Leute sich bedroht fühlen. Die Angst vor den Minaretten ist auch die Angst vor der Stadt, vor der Vielfalt und Entfremdung im Moloch. Zwei Dinge spielen eine Rolle. Man merkt, dass es nicht mehr so gut läuft wie früher. Und dann haben die Leute das Gefühl, dass sie im Rahmen der Globalisierung gegenüber den städtischen Gebieten ins Hintertreffen geraten sind. Es gibt in bestimmten Regionen ein Gefühl, Entwicklungen zu versäumen, nur ohnmächtig zusehen zu können. Dieses Gefühl wird auf die Migranten übertragen, die von der Politik und den Medien ohnehin gerne als „Problem“ dargestellt werden. Das „Problem“ wird um so fantasmatischer, desto weniger man mit ihm zu tun hat: Rassismus ist nachweislich da am virulentesten, wo es am wenigsten Einwanderung gegeben hat. Darauf kann Populismus aufbauen. Insofern ist es auch falsch, den Populisten ständig Zugeständnisse zu machen, weil diese Art von Politik die Arbeit an einer Gemeinschaft der Zukunft unmöglich macht. Um die geht es aber. Und nicht darum, was „uns“ in der Vergangenheit einmal zusammengehalten hat.

Pascal Jurt ist Doktorand an der Akademie der bildenden Künste in Wien.



Mark Terkessidis
Interkultur
edition suhrkamp,
220 Seiten, 13,40 Euro



Lecture von Mark Terkessidis im Semperdepot in Wien am 5. März 2009 auf Einladung der Zeitschrift DerWisch und von SOS Mitmensch.



Sans Papiers setzen in Paris auch die Gewerkschaften unter Druck.

MIGRATION

Das Ministerium der Entrechteten

In Paris haben 3.000 MigrantInnen ohne gültige Ausweispapiere ein großes Gewerkschaftshaus besetzt. Sie fordern Aufenthalt, denn am Arbeitsmarkt seien sie längst „integriert“.

TEXT: LISA BOLYOS, KATHARINA MORAWEK, BILDER: PHOTOTHÈQUE ROUGE/JMB & CHARLIE

Qu'est-ce qu'on veut? Des Papiers!“ „Was wollen wir? Papiere!“ Parolen klingen durch die Straßen. Demonstrierende Menschen in einem Meer aus Transparenten. Die Forderungen sind eindeutig: „Regularisiert alle Sans Papiers!“ Doch mit Forderungen ist es bekanntlich nicht getan. Ein Transparent an der Hausfassade des großen Gebäudes macht deutlich, dass bereits weitere Schritte gesetzt wurden. Auf dem Transparent steht groß geschrieben: „Ministerium für die Regularisierung aller Sans Papiers“. – Ein Ministerium?

Bei dem großen Gebäude handelt es sich um das seit kurzem leer stehende, mehr als zehntausend Quadratmeter umfassende Bürohaus einer der größten Krankenversicherungen Frankreichs, der Caisse Primaire d'Assurance Maladie in der Rue Baudelaire im 18. Pariser Bezirk. Mit dessen Verkauf um 36 Millionen Euro hätten die finanziellen Löcher der Krankenkasse gestopft werden sollen. Nun haben die „Sans Papiers“, MigrantInnen ohne gültige Ausweispapiere, kurzerhand das „Ministère“ ausgerufen. Die Aktion ist zweifelsohne die bis heute be-

deutendste und größte dieser Art in ganz Europa. Mehr als 3.000 Personen, manche Quellen sprechen sogar von bis zu 5.000 Leuten, halten die fünf Stockwerke des Gebäudes besetzt. Sie haben Versammlungs- und Fortbildungsräume eingerichtet, wo etwa Sprachkurse oder Rechtsberatungen stattfinden. Jeden Mittwoch demonstrieren die AktivistInnen auf den großen Boulevards von Paris. Sie stellen mit ihren Forderungen zugleich starke Bezüge zu anderen sozialen Bewegungen wie zu Anti-Privatisierungskampagnen her.



Flüchtlinge schließen sich zu neuen Allianzen im Aufenthalts- und Arbeitskampf zusammen.

Neue Allianz

Die Besetzung in der Rue Baudelique hat eine Vorläuferin. Über ein Jahr lang, von Mai 2008 bis Juni 2009, hielten bis zu 3.000 BesetzerInnen die „Bourse du Travail“, das Gewerkschaftshaus nahe der Place de la République, besetzt. (Diese Börsen sind eine Art Beratungsstellen der Gewerkschaften.) Einer der Gründe für die Besetzung war, dass die zweitgrößte Gewerkschaft Frankreichs, die der Kommunistischen Partei nahe stehende CGT, sich nur in solchen Fällen als Interessensvertretung zuständig fühlt, wenn es sich um Unternehmen mit zumindest zehn Angestellten handelt. Oft sind - im besonderen illegalisierte - Arbeitskräfte jedoch vereinzelt oder nur in sehr kleinen Arbeitszusammenhängen tätig, wie etwa in der Hausarbeit, der Pflege, dem Gastronomiegewerbe oder anderen Service-Bereichen. Viele jener, die die Bourse du Travail besetzt hatten, arbeiten ohne vertragliche Absicherung, da die Sektoren, in denen sie beschäftigt sind, eben gerade aufgrund entrechteter, billiger Arbeitskräfte rentabel sind. Viele dieser Leute gingen

im Zuge der Besetzung in Streik oder gaben überhaupt ihre Jobs auf.

Die Entscheidung, ausgerechnet die Gewerkschaften zu bestreiken, anstatt die Betriebe der ArbeitgeberInnen oder die für die Legalisierung der Sans-Papiers zuständigen Behörden, ist nicht unumstritten. Die CGT, die in der Bourse du Travail Büros hat, empfand die Besetzung als Affront. Dementsprechend fuhr die Direktion einen harten Kurs:

Viele, die das Gewerkschaftsgebäude besetzt hatten, arbeiten ohne vertragliche Absicherung. Die Sektoren, in denen sie tätig sind, profitieren davon.

Sie drohte den Sans Papiers mit einer polizeilichen Räumung und machte klar, dass sie sich, solange die Besetzung andauern würde, nicht für eine gesetzliche Regularisierung, also eine Legalisierung der MigrantInnen unter bestimmten Kriterien, einsetzen würde. Auch bei einigen MitarbeiterInnen der

Gewerkschaft brannten die Sicherungen durch: Sie zerstörten Infomaterial, einige wurden sogar handgreiflich. Nicht wenige sahen sich in ihrer Kritik an der klassischen Gewerkschaftshaltung bestätigt. Immer noch konzentrieren sich die Interessensvertretungen auf fordistisch-reguläre Arbeitsverhältnisse, während sie, so wie in Frankreich, prekär Beschäftigte ohne französischen Pass aus der gewerkschaftlichen Vertretung ausschließen. Am 24. Juni 2009 war es schließlich soweit, die Bourse du Travail wurde von der CGT geräumt - mit eigens engagierten, martialisch auftretenden Ordnern und später mit Unterstützung den zur Hilfe gerufenen Sicherheitskompanien der Republik (CRS), im Alltag auch riot cops genannt. Zu Personenkontrollen kam es nicht, allerdings wurden zahlreiche Menschen verletzt. Innerhalb der linken Gewerkschaft CGT kam es, angeheizt durch die medialen Bilder der Räumung, zu erheblichen Differenzen. In einem kosmetischen Akt wurde wenige Tage später einer der verantwortlichen Hilfssheriffs entlassen.



Groß-Demo von MigrantInnen in Paris.

Leere Rentenkassen

Unter Mithilfe der CGT-Branchengewerkschaft im Reinigungsgewerbe wurde später das neue Gebäude gefunden und besetzt. Bemerkenswert ist diese große Aktion aus mehreren Gründen. Erstens aufgrund der sympathischen Dreistigkeit, mit der nun ebenfalls ein Ministerium „eröffnet“ wurde. Ein symbolischer Versuch im praktischen Kampf, auf institutioneller Ebene gleichzuziehen. Zum zweiten bildete sich durch die Besetzung ein interessantes Kollektiv von türkischen und kurdischen Sans Papiers. Orhan Dilber, ein Gewerkschaftsaktivist und Sprecher des Kollektivs, begründete diese ungewöhnliche Allianz in einem Interview mit Nicholas Bell mit den strukturellen Mechanismen der Illegalisierung. Während KurdInnen oft durch die Diskriminierung in der Türkei zu Asylsuchenden werden, beantragen TürkInnen vorwiegend als politische AktivistInnen Asyl. Seit die Türkei den sicheren Staaten zugeordnet wird, wird der Asylstatus nur noch selten verliehen. Bemerkenswert ist drittens, dass der Kampf, den das ausgerufene Ministerium sich auf die Fahnen geheftet hat, gleichermaßen gegen Illegalisierung und für Arbeitsrechte geführt wird. Diese beiden Säulen systematischer Entrechtung zusammenzudenken, ist nicht gerade die Stärke von Frankreichs Gewerkschaften. Die CGT etwa unterstützt zwar die Legalisierung von 1.300 der rund 3.000 an der Besetzung beteiligten Sans Papiers, fordert aber keine generelle Legalisierung.

Die Geschichte der Sans Papiers in Frankreich unterscheidet sich von jener anderer europäischer Staaten deutlich. Sie haben in der Vergangenheit durch Demonstrationen eine relative Sichtbarkeit erlangt, machen immer wieder durch Besetzungen auf sich aufmerksam. Andererseits gibt es pro Jahr eine

hohe Zahl von Abschiebungen. Die Zielvorgabe der französischen Regierung war für 2009, wie schon im Jahr zuvor erneut mindestens 25.000 Illegalisierte abzuschicken. Arbeitskämpfe sind im heutigen Europa ohne

„Wir sind nicht mehr die isolierten Ausländer, die mit Klassenkampf nichts zu tun haben. Wir sind Arbeitskräfte mitten in der Gesellschaft.“

(Arbeits-)migrantinnen nicht mehr denkbar. Orhan Dilber meint: „Wir sind nicht mehr diese isolierten Ausländer, die mit dem Klassenkampf in Frankreich nichts zu tun haben. Wir sind mitten drin. Mit der Bewegung der Sans Papiers bereiten wir uns auch auf die

Zukunft vor. Ich denke, dass diese Zukunft eng verbunden ist mit der Zukunft der französischen Arbeiter. Das wird immer vergessen. Die Franzosen denken, dass sie uns aus Großzügigkeit und Solidarität unterstützen. Sie betrachten sich als Helfer. Aber warum unterstützt Ihr uns denn? Aus Nächstenliebe? Nein, ihr tut es für euch. Wenn es Sans Papiers gibt, die illegal arbeiten, werden auch die Kassen der Sozialversicherung immer leerer. Man wird sagen, dass Ihr bis zum Alter von 70 Jahren arbeiten müsst, weil die Renten unbezahlbar werden, denn von den Sans Papiers kommen keine Beiträge. Und zudem werden die Löhne nach unten hin angepasst. Es wird weiter privatisiert und ausgelagert werden, und dies alles ist nicht allein das Problem der Sans Papiers, sondern aller Arbeiter und auch der französischen Angestellten. Die müssen sich bewegen, nicht um uns zu unterstützen, sondern um für sich selbst zu kämpfen.“

Ende Februar streikten mehr als 5.000 Sans Papiers im Großraum Paris, 1.800 Unternehmen und Zeitarbeitsfirmen sind davon betroffen. Ausgang ungewiss. Mit der jüngsten Besetzung wurde jedenfalls wieder ein Stück Bewegungsgeschichte geschrieben. Von der Entstehung weiterer Ministerien zur Aneignung gesellschaftlicher Rechte ist auszugehen.

Lisa Bolyos ist Aktivistin des Europäischen BürgerInnenforums.

Katharina Morawek ist Redakteurin der Zeitschrift MALMOE.

Forderung nach Regularisierung, also nach Legalisierung des Aufenthalts.





Erneut Kritik an Schubhaft

Fehlende Besprechungsräumlichkeiten im Schubhaftzentrum Hernalts beeinträchtigen klar die rechtsanwaltliche Vertretung, so die Österreichische Rechtsanwaltskammer in ihrem Wahrnehmungsbericht.

Bild: Stasys Eidiejus

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Finanziere den Wandel

In Deutschland arbeitet sie seit fünf Jahren erfolgreich, vor einiger Zeit wurde die Idee einer Bewegungsstiftung auch hierzulande aufgegriffen. Die Bewegungsstiftung Österreich verwendet Kapitalerträge von Erben und Vermögenden zur Förderung sozialer Bewegungen. Primäre Ziele des Vereins, der als nächster Schritt ebenfalls in eine Stiftung umgewandelt werden soll, sind eine Mitgestaltung der sich wandelnden Gesellschaft und eine Stärkung der Demokratie. Nach dem Motto „finance change, not charity“

werden engagierte Einzelpersonen und Initiativen unterstützt, die sich für mehr Verteilungsgerechtigkeit und Demokratie innerhalb der Gesellschaft einsetzen. In Österreich besitzen zehn Prozent der Bevölkerung rund zwei Drittel des vorhandenen Privatvermögens. Die Bewegungsstiftung bietet die Möglichkeit, Geld sinnvoll und nachhaltig zu investieren. Stifter können anonyme Spenden oder auch gezeichnete Beiträge zur Verfügung stellen. Sie erwirken das Recht, im Stiftungskuratorium mit zu stim-

men und haben auch die Möglichkeit, an politischen Aktionen der finanzierten Kampagnen mitzuwirken. Wie schrieb der Spiegel über Wohlhabende, die in die Bewegungsstiftung in Deutschland investiert haben: „Die Erben haben die Macht der Millionen erkannt – aber anders als vielen New-Economy-Pionieren, die ein Auto als Statussymbol und das Aktien-Portfolio als Ausdruck gesellschaftlichen Erfolgs ansehen, gelten ihnen eher Investitionen in Gerechtigkeit, Solidarität und Basisdemokratie.“ *klu*

News aus der MigrantInnen Medienszene

Der Verein M-Media hat sich zum Ziel gesetzt MigrantInnen in Mainstream-Medien zu fördern. Seit kurzem informieren die M-Medias um Simon Inou auch per Newsletter über Entwicklungen in der Medienszene der MigrantInnen. Der Newsletter kann von der Website von M-Media bezogen werden. www.m-media.or.at/

Aktionstage Politische Bildung

Armut und soziale Ausgrenzung bildet den heurigen Schwerpunkt der Aktionstage politische Bildung (23. April bis 9. Mai). Mit allgemein zugänglichen Veranstaltungen und einem Schul-Schwerpunkt liefert das Zentrum polis – Politik lernen in der Schule einen Beitrag zum EU-Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Erratum: Wallner ist nicht Wachter

In der letzten Ausgabe von MO berichteten wir über den Wechsel im Generalsekretariat der Caritas, wo Bernd Wachter auf Stefan Wallner folgt. Leider haben wir Wachter aus produktionstechnischen Gründen mit dem Bild seines Vorgängers illustriert. Wir bedauern und korrigieren hiermit unseren Fehler.



Caritas Generalsekretär Bernd Wachter. Bild: Caritas

NEUES VON DER BOCK



Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein.
Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos.
Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: ANDREAS BACHMANN, BILD: ISABELL BICKEL

SCHUTZGELD

Flüchtlingen aus dem Kosovo wird inzwischen reihenweise das Asyl aberkannt mit der Begründung, der Krieg ist ja vorbei. Aber wovon sollen die leben? Der Kosovo existiert doch nur von dem Geld, das die Leute von hier dorthin schicken. Da unten ist ja nichts. Also, existieren kann man da nicht. Es gibt keine Arbeit, schon gar nicht für die, die weg waren und jetzt zurückkommen, die sind nicht sehr willkommen im Kosovo. Weil die unten sagen: „Als es uns hier schlecht gegangen ist, seid ihr weg und jetzt wollt ihr auch noch was haben.“ Ich habe einen Kosovo-Albaner, der dort unten eine Firma aufmachen wollte. Ich weiß nicht genau was, irgendwas mit Computern. Er richtet sich da unten einen Raum ein und plötzlich stehen da ein paar Leute, sagen zu ihm: „Du willst hier ein Geschäft machen? Dann zahlst du aber jedes Monat an uns.“ Der hat alles liegen und stehen lassen und ist wieder hergefahren. Warum rennt der so davon? Na, weil er genau weiß, was passiert, wenn er nicht zahlt. Wenn in Österreich zu mir jemand kommen würd' und sagt, zahl mir jedes Monat 300 Euro, würd' ich sagen: Schleicht's euch. Aber im Kosovo? Das traut sich der dort nicht sagen.

UNORDNUNG

Die Flüchtlinge werden von einem Bundesland ins nächste geschoben und von einem Amt ins andere. Die Vorschriften sind auch immer andere. Wenn einer schon mit einem

Fuß im Flieger ist, nur weil er das Bundesland verlassen hat, indem er sich aufhalten muss, dann ist das doch lächerlich, oder? Und die Regelungen von heute sind morgen auch oft schon wieder anders. Einer meiner Bewohner im Kabelwerk hat neulich eine Ladung auf die Wachstube erhalten. Er geht hin und wacht daraufhin in Nigeria auf. Der Mann war 15 Jahre hier, 59 Jahre alt und hatte zwischenzeitlich sogar einen subsidiären Schutz. (Schutz vor Rückführung wegen Gefährdung im Herkunftsland, Anm.) Den haben sie ihm aber nicht verlängert, weil er nicht besonders gscheit ist und nicht im Stand war, richtig Deutsch zu lernen. Er war vielleicht nicht besonders sympathisch, aber er hat ja nichts gemacht, kein Vergehen begangen. Das einzige war, dass er sich hier nicht integrieren kann. In Nigeria wird er wahrscheinlich in Haft sein. Wer heute im Asylverfahren ist, kann morgen schon abgeschoben werden. Jede Behörde entscheidet irgendwas. Ich denke mir, viel schlechter als jetzt kann es mit einem Bundesministerium für Asyl und Migration auch nicht werden. Wenn da die selben Leute drin sitzen wie in Traiskirchen, wird es nicht viel bringen. Wenn es aber Leute sind, die wirklich bemüht sind, etwas besser zu machen, dann ist das eine gute Idee.

BÖSARTIG

Das Furchtbare ist, dass ununterbrochen mit der Angst gearbeitet wird. Es heißt, ab März

wird wirklich durchgegriffen, eben mit dem seit 1. Jänner verschärften Fremdenrecht. Ich habe jetzt schon viele, die jeden dritten Tag in der Polizeiinspektion Leopoldgasse stemeln gehen müssen. Schlimm wird es, wenn sie dort die Ersten verhaften. Dann traut sich niemand mehr hin, die gehen dann lieber in die Illegalität. Ich habe einen jungen Tschechen um die zwanzig, der ist als Kind hergekommen und hier groß geworden. Seine Deutschlehrerin hat mir erzählt, der traut sich mit keiner Straßenbahn zu fahren. Der macht alles zu Fuß und durch Hintergassen, weil er fürchtet, dass sie ihn aufgreifen. Was ist denn das für ein Leben? Der ist ja krank vor Angst. Und das geht weiter mit den Plänen der Innenministerin, alle Asylwerber erst einmal einzusperren. Ziel ist, dass sie alle wegkommen. Und je grauslicher man zu ihnen ist, desto eher sind sie weg. Nur das geht nicht auf, wie man sieht. Es sind immer weniger Leute in Traiskirchen. Aber wo sind die? Die sind auf der Straße, und die sind bei uns. Das ist eine Annäherung an Zustände wie in Griechenland, wo sich die Leute aus Angst vor den Asylbehörden nicht melden und in die Illegalität verschwinden. Es ist viel strenger geworden, es ist bössartig.

Spenden: Hypo Bank Tirol
Konto Nr. 520 110 174 99; Bankleitzahl 57000

BUCH



Träumt von Afrika!

Der Buchautor hat, so wie Millionen von AfrikanerInnen, selber 20 Jahre lang vom Eldorado Europa geträumt. Nach mehreren, teils lebensgefährlichen Versuchen nach Frankreich zu kommen, schafft Omar Ba es schließlich und erlebt die größte Desillusionierung seines Lebens. Er findet nichts von den falschen Bildern des Überflusses, die in Afrika zirkulieren, und: es gibt keinen Weg zurück. In Europa zu scheitern, das ist in Afrika inakzeptabel. Er hat seine Wurzeln verloren, kann nicht mit leeren Händen zurück in den Senegal, wo alle von ihm erwarten, dass er den erträumten Überfluss mit ihnen teilt. Wo die Frauen nur wegen des vermeintlichen Wohlstands hinter ihm her sind, und selbst seine Familie ihm sagt, er solle doch lieber in Europa bleiben und ein paar Euro heimschicken. Omar Ba bleibt nur ein Rat für die Jungen in Afrika, die von Europa träumen: „Träumt von Afrika, Europa ist nicht die Lösung eurer Probleme! Es ist nicht wert, euer Leben zu riskieren.“ Nur keiner glaubt ihm, an den Stränden von St. Louis, wo sie auf das nächste lebensgefährliche Boot nach Europa warten. Ein Buch, das gegen einen Mythos von Europa antritt,

der kaum etwas mit den realen Verhältnissen wie Rassismus und Arbeitslosigkeit gemein hat. „Ich kam, sah, ich glaube nicht mehr“ ist bislang nur auf Französisch erhältlich.

Omar Ba, 29, arbeitet derzeit an seiner Promotion in Soziologie in Paris. Bisherige erschienen: „Soif d’Europe: Témoignage d’un clandestin“ („Durst nach Europa: Zeugnis eines Illegalen“), 2008. Und: „Pauvre Sénégal!“ („Armer Senegal“), 2006.

Sabine Zhang

Omar Ba
Je suis venu, j’ai vu, je n’y crois plus
 (Ich bin gekommen, ich habe gesehen, ich glaube nicht mehr daran)
 Max Milo Éditions, Paris, 2009
246 Seiten, 18 Euro

POPULÄRKULTUR



Andreas Görg

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Andreas Görg ist hauptsächlich Experte in Organisationsfragen und arbeitet neuerdings als Projektleiter für MO.

5 Dinge, auf die wir im neuen Jahrzehnt gerne verzichten:

- ❶ illegalisierende und diskriminierende Gesetze und Behörden.
- ❷ Rüstungs-, Gefängnis-, Grenzsicherungs- und Abschiebeindustrie
- ❸ Dummheit (wohlgemerkt inklusive der eigenen).
- ❹ Schimmel
- ❺ nicht funktionierende Internetverbindungen

5 Dinge, die ich im nächsten Jahrzehnt keinesfalls missen möchte:

- ❶ Oliven
- ❷ scharfe japanische Küchenmesser
- ❸ professionelle und voll kompatible open source software.
- ❹ Balans Gravity Sessel
- ❺ Liegerad, pannensichere Reifen und Radwege von hier bis Nebraska

Und sonst?

Mehr Offenheit, weniger Veränderungsfeindlichkeit, mehr Gleichheit, weniger Eigentum, mehr Kreativität, weniger Grenzen, mehr Polylog, weniger Gewalt, mehr Gelassenheit, weniger Hass, mehr Grundeinkommen, weniger Armut, mehr Gewaltenteilung, weniger Machtmissbrauch, mehr leiwand, weniger Oasch.

POPULÄRKULTUR

NETZWERK



Das gute Leben ist (denk)möglich!

Die Integrationsdebatte hierzulande redet Defizite und Gegensätze herbei, um Härte in einer ansonsten verwaschenen Politik inszenieren zu können. Der neueste Anlauf gegen diesen grassierenden politischen Unfug kommt vom Netzwerk Rechte – Chancen – Vielfalt mit der Veranstaltungsreihe „zukunftsräume: 13 anstöße. oesterreich – verschieden und gleich“. Das Neue an den Anstößen ist, dass kurz und bündig bereichsspezifische Visionen vom

guten Zusammenleben in der Vielfalt dargestellt werden. Selbstsichere und ausgeruhte Menschen mit einem starken Hang zur Fairness bevölkern eine Gesellschaft, in der Vielfalt zur Norm geworden ist. Diese Menschen wissen, was sie in einer Wissensgesellschaft wert sind. Von April bis Juni findet eine Workshop-Reihe statt, in der unter anderem in den Bereichen Demokratie, Bildung, Jugend, Arbeitsmarkt und Entwicklungspolitik Wege in eine bessere Zukunft erkundet werden. Im wiki auf <http://nwrcv.pbworks.com> können Kommentare zu den Anstößen gepostet werden.

Andreas Görg

BUCH

Krise und Wahrheit

Noch einmal „Demokratie“ in dieser Ausgabe: Ist sie universell und alternativlos, wie vielfach behauptet, oder durch Globalität, Defätismus der Politik und transnationale Konzerne zur leeren Formel geworden, wie Kriti-

kerInnen glauben? Nicht zuletzt aus der Paradoxie dieser Befunde scheint die wachsende Zahl von Publikationen erklärbar, die sich mit der Krisenhaftigkeit und Rettung der Demokratie befassen. Der deutsche Philosoph Otfried Höffe fragt mit seinem jüngsten Werk, gezielt Ohnmachtgefühle aufgreifend: „Ist die Demokratie zukunftsfähig? Über moderne Politik“. Höffes Augenmerk richtet sich vor allem auf die Bildungspolitik, er plädiert für die verstärkte Förderung von Wissen und Können und befördert damit ein Demokratieverständnis, in dem durch größere Chancengleichheit die Stabilisierung der Ordnung auf rechts- und sozialstaatlicher Basis gewährleistet wird. Demokratie als Form einer bestimmten Politik bemüht auch ein Computerspiel, schon einige Jahre auf dem Markt, mit dem schlichten Titel „Demokratie“. In diesem PC-Game muss der/die BundeskanzlerIn vor allem mit staatspolitischen Prozessen, mit Verschuldung und Haushalts-

budgets hantieren. Die Lust am Managen und Sparen, an „Realpolitik“ ist angesagt. Dieses politische System transzendierende Profile bietet das Spiel keine. Just gegen Demokratie als Verwaltungsprozess richtet sich, neben einer Reihe anderer französischer Philosophen auch Jean-Luc Nancy in seiner jüngsten Publikation: In „Wahrheit der Demokratie“ probt der 70jährige Professor sich im Denken eines permanenten Kleinkrieges gegen den Staat, um die Idee der Demokratie als politische Form zurückzuweisen. Sie sei Umkehr der politischen Verhältnisse, partizipativer Prozess, permanenter Kampf, eine Herausforderung von Machtverhältnissen, die auch in der Ästhetik der Künste, im Film und Musik ihren Ausdruck finden müsse. Nicht leicht zu lesen, aber explizit in vielen Passagen, fordert Nancy eine Öffnung von Räumen, eine Neuordnung der Verhältnisse, nicht als Utopie formuliert, sondern als Stoff des Demokratischen selbst. *gun*

Die STIMME braucht Abonentinnen und Abonenten!

Die Zeiten werden kälter für Zeitschriften wie die STIMME von und für Minderheiten. Subventionen werden Jahr für Jahr gekürzt, dafür steigen die Ausgaben. Die STIMME braucht Ihre finanzielle Unterstützung. Ein Jahresabo kostet **20 Euro**.

Entweder ein eMail an: **abo@initiative.minderheiten.at**

oder die Überweisung auf unser Konto:
Initiative Minderheiten, BAWAG (BLZ: 14000); Kontonummer: **01210600910**

Ihr Abo wäre ein wichtiger Beitrag. Danke!

Die Gorillas kommen

Der Frühling bringt uns zwei neue Musikscheiben, die zum Hören und Sehen Ordentliches hergeben. „Gorilla Manor“ von den Local Natives und „Plastic Beach“ von den Gorillaz.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK

Die einen nennen sich „Local Natives“, also so was wie lokale Eingeborene, ziemlich viel auf einmal. Ich weiß nicht genau, ob das bitter ernst gemeint ist oder distanziert ironisch. Jedenfalls haben sie in einem Haus namens „Gorilla Manor“, Kalifornien, ihre erste CD aufgenommen und die hat es in sich. Sie klingt ein wenig nach Arcade Fire, ein wenig nach Vampire Weekend und ein bisschen nach Beach Boys. Treibende Rhythmen treffen auf Folk-Sound, Afrobeats mischen sich mit bittersüßem Gesang. Da geht es um den Großvater, der nicht mehr da ist und fehlt, oder um den unwirklichen Blick durch die Kamera auf Reisen. Jedenfalls spielt das Kleine im Großen und das Große im Kleinen. Du sitzt im Auto und dir gefällt nichts auf dem lokalen Radiosender, du drehst herum bis du auf „National Public Radio“ landest, und dir die World News Nachrichten anhörst. Da sprechen sie von einer Bombe, die am Marktplatz explodiert ist. Die Mutter ruft an, du sagst du bist auf dem Weg nach Hause. Das schlechte Gefühl so schlecht macht das gute so gut. („the bad feeling so bad makes the good so good“)

Die Gorillaz hingegen sitzen nicht auf „Gorilla Manor“ im kalifornischen Orange County, sondern auf „Plastic beach“ im Südpazifik. Und fahren dort an mit ihrem fulminanten Mix aus Elektropop und Funk. Dazugemischt gibt es Hip Hop, Reggae und Dub, gewürzt mit Gastsängern allerbesten Güte aus allen Genren. Da tut sich weltumspannende Mischkulananz auf, eine große Melange diverser Clubmusiken. Am Bass, an der Gitarre und am Schlagzeug stehen Comicfiguren, die die Songs im Netz und auf Video zum Besten geben. Wie Avatare, die vorne spielen, aber in Wirklichkeit von dahinter aus gesteuert werden, aber trotzdem ganz sie „selbst“ sind, springen die Comics Murdoc Niccass, Noodle und Russel Hobbs durch die Szenerie. „Electric is the love“, heißt es im Titelsong. Mit „wie echt ist

echt“, braucht man sich da gar nicht aufhalten. Gerade das gibt Spielraum für die neue Mischung, aus eins und eins mach drei. Die beiden Gorillas nacheinander loslassen, passt gut. Ob aber die Gorillaz ins Haus auf „Gorilla Manor“ kommen? Oder die Local Natives auf die Plastic Beach?



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova



ServiceTel:
0800/20 11 30
mail@oebv.com
www.oebv.com

Die ÖBV – gelebte Solidargemeinschaft

Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit verwirklicht die Österreichische Beamtenversicherung eine Idee: die Idee der Solidargemeinschaft. Bei uns ist jede und jeder willkommen.



Mit der ÖBV durchs Leben

POPULÄRKULTUR



Un prophète (2009) Publicity still

FILM

Ein Prophet

Der 19-jährige Malik El Djebena (Tahar Rahim) wird zu sechs Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis gerät das Heimkind bald zwischen die Fronten. Eine Bande von Korsen drängt ihn zu einem Mord und bietet dafür Schutz an. Der Araber, areligiös, scheinbar ohne kulturelle Bindungen, Analphabet, gibt schließlich nach. In dieser Gesellschaft braucht jeder Schutz. Malik entwickelt sich, wird als Freigänger seine Geschäfte auch außerhalb des Gefängnisses führen. Die unveränderte Ästhetik des Films legt nahe, dass es zwischen Drinnen und Draußen keinen Unterschied gibt. Die Kamera klebt am Körper des Burschen und gibt den Blick auf ein erweitertes Umfeld in dessen Rhythmus von Aggression und Argwohn frei. Gefängnisperspektiven, enge Aktionsradien, physisch inszeniert, direkte Konfrontationen konturieren die Bilder. Regisseur Jacques Audiard klinkt sich mit

„Ein Prophet“ nicht in die Reihe von Gefängnisfilmen von Größen wie Jean-Pierre Melville ein, das Drama der Flucht interessiert ihn nicht. Audiard formt seine 2,5 stündige tour de force zu einer Bildungsreise vorbei an auch visuell drastischen Stationen. Malik lernt hier, was ihm „draußen“ offenbar nicht möglich war. Er eignet sich im Lauf der Zeit lesen und schreiben an, ebenso wie einige Brocken korsisch, und beginnt zielstrebig, an seinem eigenen „Unternehmen“ zu bauen, seine Claims abzustecken. Das erinnert an reale Biographien wie jene von Malcolm X oder dem afro-amerikanischen Bestseller-Autor Chester Himes, freilich ohne deren moralisch-politische Wandlung nachzuvollziehen. In Frankreich war der für den Auslands-Oscar nominierte „Un prophète“ ein großer Erfolg. Der wechselweise als sozialrealistisches Drama, als Metapher für die Gesellschaft oder auch als individuelle Entwicklungs- und „Erweckungsgeschichte“ gelesene Film ist ab 30. April in den Kinos zu sehen. *gun*

MUSIK

Schall und Wahn

Mit ihrem neunten Studioalbum „Schall und Wahn“ beenden Tocotronic ihre Berlin-Trilogie. Der Titel des Werks greift hoch, zitiert Faulkner und Shakespeare, so etwas kann prinzipiell immer auch ein wenig schief gehen. Allerdings, sind die Hamburger jetzt nicht irgendwelche Wappler, die sich im Probekeller megalomanischen Fantasien hingeben, sondern seit 17 Jahren eine der wichtigsten Bands deutscher Zunge. Eine Indie-Institution, die weiß, was sie tut und viel probiert hat. Dementsprechend leichtfüßig präsentiert sich Salbungs-



und Bedeutungsvolles auch diesmal wieder. Eingängig rockend, wenn es notwendig ist, rumpelnd, wenn man es braucht, genau dann mit Streichinstrumenten unteretzt, wenn es was zu unterstreichen gibt. Ein bunter Strauß (siehe Cover) schöner Melodien und saftiger Parolen („Macht es nicht selbst“, „Bitte oszillieren Sie“, „Im Zweifel für den Zweifel“), die eingetunkt in Selbstironie, auf höhere, diskursive Ebenen verweisen. Das kann dann vielschichtig interpretiert werden, ab und an aber auch im Orkus des Bedeutungsschwangeren verschwinden. Aber: Wer polarisiert lebt – also oszillieren Sie selbst!

Manfred Gram

PETITION

Bernard Karrica soll zurückkommen



Der 10-jährige Bernard Karrica wurde Ende Februar mit seiner Familie in den Kosovo abgeschoben. Seine Kollegen vom Fussballverein wollen das nicht hinnehmen. Sie setzten unter dem Motto „Fussball verbindet“ eine Petition auf, mit der sie die Rückkehr von Bernard und einen humanitären Aufenthalt durchsetzen wollen. Der Rapid-Goalie und Nationalteam-Tormann Helge Payer unterstützt die Forderung. Unterschriften auf: www.fussballverbindet.org

Gegen Windmühlen

Als Obfrau der Asylkoordination vernetzt Anny Knapp die Asyl-NGOs hier im Lande. Rassistische Postings können ihr schon mal den Tag versauen und das Innenministerium schätzt ihre Arbeit nicht

TEXT: MARK HAMMER

Manchmal hat Asylberatung sogar amüsante Seiten. Etwa wenn in Bescheiden und Ausschreibungen von Behörden unverständliche und grammatikalisch falsche Texte stehen, obwohl der Staat von MigrantInnen verlangt, dass sie gut Deutsch können. Anny Knapp kennt mehrere solche Beispiele. Sie ist Obfrau des Vereins Asylkoordination und vernetzt die österreichischen Asylberatungsstellen.

1988 hatten VertreterInnen mehrerer Organisationen der Flüchtlingsberatung die Idee, die Asylkoordination zu gründen, um sich häufiger auszutauschen und besser zu koordinieren. Knapp hat damals beim „Unterstützungskomitee für politisch verfolgte Ausländer“ gearbeitet und ist mit einem Bus durch Österreich getourt, um Fakten statt Hetze zu präsentieren. Sie hat mit einem Kollegen ein Konzept für den Dachverband geschrieben und den Verein gegründet. Bei der ersten konstituierenden Sitzung hat sie die Obfrauschaft zugeschanzt bekommen, wie sie sagt.

Die finanzielle Lage des Vereins bezeichnet Knapp als prekär. Da kommt eine Preisvergabe für die Arbeit der Asylkoordination schon mal willkommen – ein Strohalm immerhin. Großteils finanziert sich die Asylkoordination jedoch über Projekte. Knapp kümmert sich um die Finanzen des Vereins, schreibt Förderanträge und organisiert regelmäßige Treffen von MitarbeiterInnen der Flüchtlingsberatung. Dazu kommen Recherchen über konkrete Fragen, Stellungnahmen zu Gesetzen und Vorträge in Schulen. Einmal im Jahr nimmt Knapp an Treffen der ECRE, dem europäischen Dachverband der



Anny Knapp: Das System ist resistent.
Bild: Karin Wasner

Flüchtlingsorganisationen teil, bei dem die Asylkoordination Mitglied ist.

Knapp hat eigentlich Deutsch und Geschichte studiert. Sie kam nach dem Studium über ein AkademikerInnentraining zum damaligen Unterstützungskomitee, wo sie Flüchtlinge in deutscher Sprache unterrichtete. Später übernahm sie die Öffentlichkeitsarbeit, kam schließlich zur Rechts- und Sozialberatung. Die herausfordernde Arbeit und die lange Liste an ungelösten Problemen waren es, die Knapp dann an das Asylthema gebunden haben.

Ein Schwerpunkt der Asylkoordination ist das Dublin-System: Der Verein kontaktiert etwa Organisationen in Drittstaaten, wenn jemand dorthin überstellt werden soll. Knapp regt es auf, wenn Flüchtlinge in europäische Länder abgeschoben werden, in denen die Lage katastrophal ist. NGOs wie der Asylkoordination würde von offiziellen Stellen jedoch oft die Kompetenz in dieser Frage abgesprochen. Die Behörden akzeptieren an Infos nur, was sie selbst recherchiert haben. Das Feedback zur ihrer Arbeit sei zumeist anerkennend. Grundsätzlich, erzählt Knapp, unterliege Ausländerfeindlichkeit aber Konjunkturen. Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre motivierte die aggressive Stimmung vor dem Ausländervolksbegehren dazu, die Asylkoordination zu gründen. Während der Balkankriege fand die Aufnahme von Flüchtlingen in Österreich mehr Verständnis. Mittlerweile hat sich der Wind wieder gedreht. Mit der Diskussion um Arigona Zogaj erhielten rassistische Meinungen wieder mehr Raum. Postings in Online-Medien liest Knapp ungern. Der Hass, mit dem seit einigen Jahren über Flüchtlinge geredet wird, könne einem schon den Tag versauen. Das Asylsystem sei geprägt von unzähligen kleinen Gemeinheiten. Asylberatung ist ein Kampf gegen Windmühlen, sagt Knapp, das System ist resistent. Und wie kriegt sie den Kopf frei? Abschalten geht, sagt Knapp. Sie nimmt konsequent keine Arbeit mit nach Hause.



■ **Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.**

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)



**MO – Im entscheidenden Augenblick
das richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

SOS MITMENSCH

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

WAS WURDE EIGENTLICH AUS ...

... dem Netzwerk Rechte – Chancen – Vielfalt?

Am 26. März startete eine Veranstaltungsreihe, mit der das Netzwerk Rechte – Chancen – Vielfalt die Integrationsdebatte längerfristig verbessern will. Anhand von 13 Szenarien eines vielfältigen und offenen Österreichs der Zukunft wollen die rund 25 beteiligten NGOs den „Möglichkeitssinn“ stärken und vom vornehmlich defizitorientierten Ansatz der Bundesregierung wegkommen. Die bei der Auftaktkonferenz im Albert-Schweitzer-Haus präsentieren Szenarien beschäftigen sich mit den unterschiedlichsten Lebensbereichen in den nächsten 30 Jahren. Eine eigens herausgegebene Broschüre behandelt die klassischen Integrationsthemen von Bildung über Arbeitsmarkt bis Antidiskriminierung. Darüber hinaus werden aber auch grundsätzlichere Fragen gestellt: SOS Mitmensch entfaltet ein Szenario, das von Österreich als Land demokratiebegeisterter BürgerInnen zeichnet. Wie wir in 20, 30 Jahren in diesem Land zusammenleben wollen, ist jedenfalls die Frage, die sich durch alle Beiträge zieht. Als nächster Schritt werden diverse Szenarien in einer Workshop-Reihe bis Ende Juni für eine Umsetzung bearbeitet. Interessierte können sich noch in die Workshops einbringen, nähere Informationen zu den Terminen finden sich auf dem Netzwerk-Wiki <http://nwrvc.pbworks.com>. Auch der Besuch einzelner Workshops ist möglich. Die Teilnahme ist kostenlos. Das Netzwerk Rechte – Chancen – Vielfalt ist ein österreichweiter, loser Zusammenschluss von NGOs, die in den Bereichen Integration, Asyl und Antidiskriminierung tätig sind. Gegründet wurde das Netzwerk im Frühjahr 2008 aus Anlass der Bleiberecht-



Weltcafe Bild: Niki Heger

roadshow des damaligen Innenministers Günther Platter. Ziel ist die Förderung eines Integrationsbegriffs, der auf die Herstellung von Chancengleichheit aller abzielt. Alle Bevölkerungsgruppen werden mit einbezogen und zu „Betroffenen“ gemacht. Die Diskussion wird nicht auf Defizite bei ZuwandererInnen oder anderen kulturell definierten Gruppen verengt.

Roadshow des damaligen Innenministers Günther Platter. Ziel ist die Förderung eines Integrationsbegriffs, der auf die Herstellung von Chancengleichheit aller abzielt. Alle Bevölkerungsgruppen werden mit einbezogen und zu „Betroffenen“ gemacht. Die Diskussion wird nicht auf Defizite bei ZuwandererInnen oder anderen kulturell definierten Gruppen verengt.

Alternative Wege aus der Krise

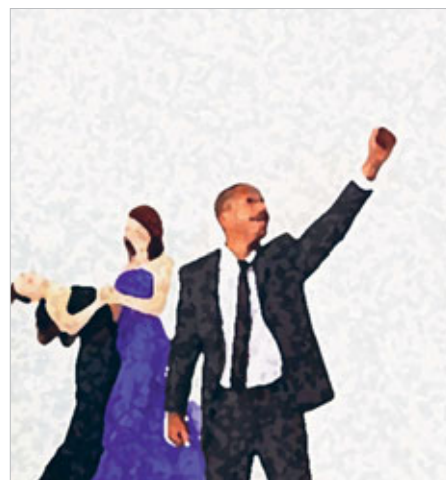
Großen Anklang fand der Vortrag des Gleichheitsforschers Richard Wilkinson auf der Armutskonferenz im Februar. Sein Fazit: Menschen in Gesellschaften mit weniger Ungleichheit sind glücklicher. SOS Mitmensch steuerte als Mitgliedorganisation einen Workshop zur Konferenz bei: Alternative Wege aus der Krise.

Vorankündigung: Kunstaktion in Postsparkasse

Am 10. Juni findet in der Postsparkasse am Georg Coch Platz die diesjährige Benefiz-Kunstauktion zu Gunsten von SOS Mitmensch statt. Zahlreiche KünstlerInnen unterstützen die Arbeit von SOS Mitmensch mit einer Bildspende. Ab Ende April können die Werke auf unserer Webseite eingesehen werden.

Flüchtlingsball: Auftanz beim Innenministerium

Mit einem Auftanz beim Innenministerium stimmten sich einige BesucherInnen des diesjährigen Flüchtlingsballs auf die Feier im Rathaus und die Kämpfe des kommenden Jahres ein. 50 Unentwegte ließen sich nicht von Eis und Kälte abhalten. Geladen hat SOS Mitmensch mit Unterstützung anderer Asylorganisationen.



Auftanz beim Innenministerium

ANDERE ÜBER ...

Super Zukunftsaussichten

Das „old boys network“ funktioniert auch in Österreich noch bestens. Andrea Schurian über einen bis heute klaffenden Gender Gap.

Verblüfft haben wir trotz Wirtschaftskrise Mega-Managergehälter, nein: nicht bekommen. Nur darüber gelesen. Wenige sackeln jährlich ein, was viele lebenslang nicht erarbeiten können – falls sie überhaupt arbeiten dürfen und nicht der Kopfgeldprämie einer besonders gewinnorientierten Entlassungs- und Einsparungspolitik zum Opfer fallen. So gesehen eh auch wieder schön, wenn MitarbeiterInnen zum wirtschaftlichen Erfolgskurs eines Unternehmens beitragen können – und sei es dadurch, dass sie schlankgespart und entlassen werden. Es heißt übrigens: die Sparmaßnahme. Und: der Wirtschaftskapitän. Das ist nicht nur grammatikalisch richtig: Magere drei Prozent in Vorstands- und Geschäftsführungs-Etagen sind weiblich, auch in Aufsichtsgremien sitzen deutlich weniger als 10 Prozent Frauen. Seit Jahren schaut der „Global Gender Gap Report“ gleich öd aus, in der (Un)Gleichstellung von Mann und Frau in 128 Staaten der Welt liegt Österreich irgendwo zwischen Mitte und Schlusslicht, in der Kategorie „Wirtschaftliche Partizipation“ waren wir 2009 auf Platz 103 und unter den EU-27 belegen wir in der Gesamtwertung den vorletzten Platz. Ohne allzu viel Phantasie aufwenden zu müssen: das old boys network funktioniert immer noch bestens. Frauen sind nicht in der Minderheit, schon gar nicht MinderleisterInnen, allerdings scheint es, dass die Gesellschaft, oder, um genau zu sein, die männliche Minderheit dieser Gesellschaft, über uns hinwegschaut. Uns nicht wahrnimmt. Gläserne Decken einzieht. Oder sich auf eine Damenklofrage kapriziert, wie seinerzeit die Wiener Philharmoniker. Die Häusfrage wurde geklärt, seit 1997 lässt Österreichs berühmtester Klangkörper auch Frauen mitspielen. Und? Die Frauenquote bei den Philharmonikern ist dramatisch – niedrig: eine fixe Musikerin, zwei Substituten. Dirigentinnen? Ja. Eh. 30 Prozent der österreichischen AbsolventInnen von Instrumentalstudien sind weiblich, aber nur ca 10 Prozent dürfen in österreichischen Orchestern musizieren. In den USA ist der Frauenanteil drei- bis viermal so hoch. Ähnliches ist aus dem Bereich bildende Kunst zu vermelden. Durchschnittlich verdienen bildende Künstlerinnen um 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen – obwohl sie über eine höhere formale Ausbildung verfügen, sprich, mehr Frauen als Männer



Illustration: Petja Dimitrova

erfolgreich eine Kunstuniversität absolvieren. Wie überhaupt im Durchschnitt aller Studienabschlüsse Frauen einen Vorsprung vor ihren männlichen Kollegen halten. Ab da nimmt der Frauenanteil an den Universitäten rapide ab. Nur mehr ca. 30 Prozent der Assistenzstellen sind mit Frauen besetzt, bei den ProfessorInnen sind es gar unter 10 Prozent. Wenn es denn so flott weitergeht mit der Frauenquote an den Unis, wird es hochgerechnet eh nur bis zum Jahr 2917 dauern, bis endlich gleich viel Frauen wie Männer in Österreich eine Universitätsprofessur innehaben. Langfristig gesehen haben wir Frauen echt die besseren Zukunftsaussichten.

Beim „Global Media Monitoring Project“ werden alle fünf Jahre rund 13.000 Mediennachrichten aus mehr als 70 Ländern analysiert. Das Ergebnis aus 2005 (jenes aus 2009/10 steht noch aus): mehrheitlich berichten Männer über Männer. Nur in acht Prozent der politischen Nachrichten stehen Frauen im Mittelpunkt. Nimmt man Chronik, Kultur, Softnews, Sport etc. dazu, sind es magere 21 Prozent. 83 Prozent aller Experten, die in den Nachrichten auftreten, sind Männer. Ein kleiner Trost für uns Frauen: Zwar sind auch beim Fernsehen weltweit Männer (vor allem in den Chefetagen) in der und an der (Über)Macht, aber: präsentiert werden die Nachrichten zu 57 Prozent von Frauen. Egal auf welchem Kanal.

Wie hat die vielfach ausgezeichnete Mikrobiologin Renée Schröder so richtig gesagt: „Echte Gleichberechtigung wird es erst dann geben, wenn es ebenso viele mittelmäßige Frauen wie mittelmäßige Männer in Führungspositionen gibt.“

ZUR PERSON

Andrea Schurian

Andrea Schurian war von 1985 bis 2002 ständige freie Mitarbeiterin beim ORF. Sie gestaltete zahlreiche Reportagen und Portraits und modierte die Sendungen „Kunststücke“ und die ZiB1/Kultur. 1982 hatte sie über das Thema „Der Agitationswert der Abtreibungsfrage in den sozialdemokratischen Medien der Zwischenkriegszeit“ promoviert. Seit 2008 leitet sie das Kulturressort der Tageszeitung „Der Standard“.



»Kontext«

Wie bislang: jeden Freitag, 9.05 Uhr
Und jetzt neu: jeden Mittwoch, 16.00 Uhr
So oder so: Ö1 gehört gehört.





KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST
zugunsten von **SOS MITMENSCH**

DO 10. Juni 2010
19.00 (Einlass 18:30)

Großer Kassensaal der Österreichischen Postsparkasse
Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien

kunst.sosmitmensch.at

